

## Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

bei der Partei DIE LINKE

---

Nummer 3/18. Jg.

Mitteilungsblatt

Juli 2012

---

Zu diesem Heft:

In diesem Heft unterbreiten wir Materialien der Konferenz "Sozialismus in Deutschland? 60 Jahre nach der 2. Parteikonferenz der SED. Erfahrungen und Lehren", die am 9. Juni d. J. in Berlin stattgefunden hat: die Vorträge von Günter Benser, Siegfried Prokop und Ekkehard Lieberam sowie den Diskussionsbeitrag von Kurt Laser. Vorträge und Diskussion beleuchteten die inneren und äußeren Bedingungen der Entwicklung zum Sozialismus in Deutschland (und anderen europäischen Ländern) in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Sie reflektierten die Rolle und das Gewicht der *Realisierung* sozialistischer Gesellschaftsstrukturen und -beziehungen in diesem Zeitraum und verdeutlichten das *Spannungsverhältnis* von sozialistischem Ideal und seiner zeitbedingten, schrittweisen, auch widersprüchlichen Verwirklichung, z. B. der Gestaltung der Produktions- und Eigentumsverhältnisse.

Deutlich wurde das Ringen um eine realistische Einschätzung des Erreichten und Erreichbaren, das zu der grundlegenden Erkenntnis führte, dass der Sozialismus keine kurzfristige Übergangsphase zum Kommunismus, sondern eine selbständige Gesellschaftsordnung von langer Dauer ist. Große Aufmerksamkeit wurde den Problemen der Entwicklung des subjektiven Faktors zuteil, dessen Zurückbleiben hinter den historischen Erfordernissen wohl ausschlaggebend für das Scheitern des *europäischen* Frühsozialismus war. Hier ging es vor allem um die kritische Analyse der theoretischen und praktischen Defizite bei der Entwicklung des Staates und der Demokratie im Realsozialismus. Diese *kritische* Analyse der Ergebnisse und Erfahrungen *bisheriger* sozialistischer Entwicklungen ist um so notwendiger, als davon auszugehen ist, dass es auch künftig - und mehr denn je - nicht um die "praktische Umsetzung" einer Theorie, sondern um die Suche nach Lösungswegen, insbesondere nach *Übergängen* zum Sozialismus aus konkreten Klassenkampf-situationen heraus gehen wird.

Dieses Heft enthält ferner den zweiten Teil des Beitrags von Hans-Werner Deim, der sich mit den militärpolitischen Veränderungen in den 80er Jahren und ihren Perspektiven beschäftigt, sowie die Einladung zur Konferenz "Sozialisten im Kampf um den Frieden (100 Jahre nach dem Internationalen Sozialisten-Kongress in Basel 1912)" am 29. September d. J. in Berlin.

Heinz Karl

*Inhaltsverzeichnis*

Editorial	S. 1
 Prof. Dr. Günter Benser	
Bedingungen und Erfordernisse des sozialistischen Entwicklungsweges In der DDR der fünfziger Jahre	S. 3
 Prof. Dr. Siegfried Prokop	
Ringen um eine sozialistische Alternative in Deutschland. Erfolge und Defizite	S. 12
 Prof. Dr. Ekkehard Lieberam	
Theoretische Schlussfolgerungen aus den Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus in der DDR	S. 20
 Dr. Kurt Laser	
Eine amputierte Betrachtung der 2. Parteikonferenz der SED	S. 27
 Generalmajor a. D. Hans-Werner Deim	
Militärpolitische Akzente des Kalten Krieges und sein deutscher Schauplatz (II)	S. 30
 Einladung zur Konferenz "Sozialisten im Kampf um den Frieden (100 Jahre nach dem Internationalen Sozialisten-Kongress in Basel 1912)" am 29. September 2012 in Berlin	S. 36

---

Impressum: Die Geschichtskorrespondenz erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern und Interessenten des Arbeitskreises kostenlos zur Verfügung gestellt – in der Regel per E-Mail.

E-Mail: [marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de](mailto:marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de)

Neue Interessenten teilen bitte ihre E-Mail-Adresse entweder per Mail an obige E-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion (siehe unten) bzw. eine der in den Einladungen genannten Kontaktadressen mit. Interessenten ohne E-Mail-Adresse sowie Bibliotheken und wissenschaftliche Institutionen wenden sich an die Redaktion.

Die Geschichtskorrespondenz ist nicht im Buchhandel erhältlich.

Herausgeber: Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE.

Redaktion: Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.)  
Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800962148

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Die nächste Ausgabe erscheint Oktober 2012.

Prof. Dr. Günter Benser

## **Bedingungen und Erfordernisse des sozialistischen Entwicklungsweges in der DDR der fünfziger Jahre**

Mit dem Abstand von sechs Jahrzehnten und den Erfahrungen der Niederlage lassen sich Ereignisse, Entscheidungen und Entwicklungsprozesse besser abwägen und beurteilen, als dies den Zeitgenossen möglich war. Das ist indes kein Grund, die kritische Sicht auf zurückliegende Geschehnisse abzuschwächen. Ausschlaggebend ist, von welcher Warte wir zurückschauen – ob hier Genugtuung über den Fehlschlag eines über den Kapitalismus hinausweisenden historischen Unternehmens oder gar Häme walten, oder ob dessen Scheitern bedauert, über Ursachen des Misserfolgs nachgedacht und Vergangenes als Lehrstück für einen unausweichlichen neuen Anlauf zur Überwindung des Kapitalismus gesehen wird.

Vieles der hier zu analysierenden Umstände und Entwicklungen waren gravierend von der Besatzungs- und Schutzmacht UdSSR und damit von dem sowjetischen Modell beeinflusst. Aber es geht nicht auf, wenn schlichtweg Positives eigenem Tun und Negatives per se fremdem Einfluss zugeschrieben werden. Die den sozialistischen Bestrebungen und der daraus erwachsenden Praxis zu Grunde liegenden gesellschaftstheoretischen Annahmen und Überzeugungen waren wesentlich auf dem Boden der deutschen Arbeiterbewegung entstanden und von deutschen Theoretikern entwickelt worden. Letztlich handelte es sich in der DDR um eine neue Runde der Auseinandersetzung jener politischen Kräfte, die sich bereits in der Novemberrevolution gegenübergestellt hatten.<sup>1</sup>

Wir reden hier über eine Zeit, deren hervorstechendes Merkmal der Kalte Krieg war, der als Auseinandersetzung zwischen zwei Weltsystemen geführt wurde. Das heißt, alles, worüber hier zu berichten ist, war immer scharfen Anfeindungen ausgesetzt. Und auch die Führung der westdeutschen Sozialdemokratie stand im Lager der Gegner. Es gibt nachvollziehbare Gründe für ihre Gegnerschaft zur marxistisch-leninistischen Einheitspartei unter kommunistischer Vorherrschaft. Aber programmatisch hat die SPD Ziele verkündet, um deren Realisierung im Osten Deutschlands – wengleich nicht mit den von der Sozialdemokratie bejahten Instrumentarien und Methoden – gerungen wurde. Dennoch zeigte die westdeutsche SPD keinerlei Interesse daran, dass auch von ihr propagierte gesellschaftliche Alternativen in der DDR mit Erfolg verwirklicht wurden. Das Austragen der sozialdemokratisch-kommunistischen Urfehde erschien ihr wichtiger. Aber mit undifferenzierter Feindschaft gegen alle im Osten Deutschlands eingeleiteten Transformationsprozesse desavouierte die SPD letztlich ihr eigenes Programm, beförderte sie die konservative Hegemonie und die restaurativen Entwicklungen in der Bundesrepublik. Diesem historischen Umfeld kann im Folgenden nicht zeitbezogen nachgegangen werden. Es ist aber immer mit zu bedenken.

Bedingungen und Erfordernisse des sozialistischen Entwicklungsweges in der DDR der fünfziger Jahre sollen im Folgenden unter drei Aspekten behandelt werden:<sup>2</sup> 1. theoretisch-konzeptionell; 2. politisch; 3. ökonomisch.

### **Theoretisch-konzeptionelle Voraussetzungen und Bedingungen**

Was wurde eigentlich zeitgenössisch unter Sozialismus verstanden? In der aufgeklärten, linksorientierten Arbeiterbevölkerung existierten Werte und Erwartungen, die nicht unbedingt einer theoretischen Begründung bedurften,

aber dennoch mit der marxistischen Weltanschauung korrespondierten. Stichwortartig könnten sie wie folgt aufgelistet werden:

- Machtwechsel zwischen denen da oben und denen da unten, Regierung der Arbeitenden
- Solidarische Gesellschaft beruhend auf dominierendem Gemeineigentum
- Soziale Gerechtigkeit
- Volkswohlstand durch Vollbeschäftigung
- Gleichheit der Geschlechter (mit patriarchalischen Einschränkungen)
- Gesicherter Frieden und Völkerverständigung
- Internationalismus
- Meist verbunden mit antiklerikalen, freidenkerischen Haltungen

Dem lag eine Fortschrittsgläubigkeit zu Grunde, die noch voll den Segnungen der Technik vertraute, die noch keine Bedenken hinsichtlich der Grenzen des Wachstums kannte, aber sich von der Apologetik kapitalistischer Ausbeutung und von imperialistischem Expansionismus abgrenzte.

Die Partei und auch parteilose Marxisten beriefen sich darüber hinaus auf eine wissenschaftliche Weltanschauung. Sie gingen von einer gesetzmäßigen Abfolge der Gesellschaftsformationen aus, bei der der Kapitalismus auf revolutionärem Wege durch den Sozialismus abgelöst wird und dieser in sein höheres Stadium, in den Kommunismus hinüberwächst. Der Kapitalismus war demzufolge wegen seiner inneren Widersprüche zum Untergang verurteilt und der Sozialismus die unausweichliche Alternative. Da der Kapitalismus nicht freiwillig das Feld räumt, war der Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaft eine Phase scharfen Klassenkampfes vorgelagert, in der die Machtfrage entschieden werden muss. Nicht nur Kommunisten, auch Sozialdemokraten<sup>3</sup> gingen davon aus, dass der Sozialismus nicht einfach aus dem Kapitalismus hervorwächst, sondern dass es politischer Instrumente bedarf, um die neue Gesellschaft zu errichten. In der Bejahung der Rolle des Staates unterschieden sich beide von der anarchistischen Strömung, die allerdings in Deutschland keinen prägenden Einfluss erlangen konnte.

Als in der DDR die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus verkündet wurde, galten noch immer die vom Vereinigungsparteitag 1946 beschlossenen "Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" als Parteiprogramm.<sup>4</sup> In Sachen Sozialismus widerspiegelten sie im Wesentlichen den Erkenntnisstand des Erfurter Programms der deutschen Sozialdemokratie.<sup>5</sup> In der vorbereitenden Studienkommission war der von der SPD eingebrachte Entwurf als Diskussionsgrundlage akzeptiert worden.<sup>6</sup>

Die "Grundsätze und Ziele" charakterisierten die sozialistischen Ziele wie folgt:

- Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung, von Wirtschaftskrisen, Armut, Arbeitslosigkeit, kapitalistischer Kriegsdrohung
- Verwandlung des kapitalistischen Eigentums in gesellschaftliches Eigentum, Verwandlung der kapitalistischen Warenproduktion in eine sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion
- Befreiung der Arbeiterklasse als Befreiung der ganzen Gesellschaft
- Freie Ausübung der Rechte und Entfaltung der Fähigkeiten der Werktätigen

- Allgemeines Wohlergehen

Voraussetzung dafür war die Herrschaft der Arbeiterklasse. Deren Errichtung wurde auf parlamentarisch-demokratischem Wege für möglich gehalten, da die entscheidenden Herrschaftsinstrumente der deutschen Bourgeoisie bereits mit der militärischen Vernichtung des deutschen Faschismus von außen zerschlagen worden waren.

Ausargumentiert hatte dieses Konzept Anton Ackermann in seinem Aufsatz über einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus.<sup>7</sup> Hier ging es tatsächlich um den Weg, um den Zugang zu einer Staatsordnung, in der ein sozialistischer Aufbau möglich wird. Keineswegs ging es um den Entwurf eines neuen Sozialismusmodells. Dieser Weg war auch nicht ein originär deutscher. Er hatte seine Entsprechungen in den strategischen Orientierungen der europäischen Volksdemokratien. Es handelte sich um eine Positionsbestimmung der kommunistischen Weltbewegung, mit der die Sowjetmacht nicht mehr als einzig denkbare Verkörperung der Diktatur des Proletariats betrachtet wurde.

Aber der Weg musste natürlich auch Auswirkungen auf die Resultate und die Zustände haben, die er hervorbringt. Insofern lag hier die Chance einer stärkeren Verankerung sozialistischer Ziele und Praxis in der werktätigen Bevölkerung. Der 1948 erfolgte Widerruf eines eigenen Weges im Gefolge des sowjetisch-jugoslawischen Konfliktes bedeutete einen Rückschlag und eine Niederlage der undogmatischen kreativeren Kräfte der kommunistischen Bewegung und hatte seine Auswirkungen auch auf die Voraussetzungen und Bedingungen des Sozialismus auf deutschem Boden. Erhalten blieben dennoch die Orientierung auf einen fließenden Übergang der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in die sozialistische Umgestaltung und die Einsicht, dass bereits unter revolutionär-demokratischen Verhältnissen Elemente des Sozialismus entstehen beziehungsweise geschaffen werden können.

Generell schienen indes alle Grundfragen der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus durch das Beispiel der UdSSR gelöst zu sein. Es existierte ein Vorbild, dem unter mehr oder weniger nachdrücklicher Beachtung eigener Gegebenheiten nachzueifern war. Zeitgenössisch manifestiert sich diese Beispielfunktion der Sowjetunion vor allem im kanonisierten Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU<sup>8</sup>, in den Verlautbarungen des XIX. Parteitages der KPdSU vom Oktober 1952 und in der im Vorfeld dieses Parteitages erschienenen Schrift Stalins "Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR"<sup>9</sup>.

Weit entfernt von der ökonomischen Realität der Sowjetunion hatte Stalin in polemischer Auseinandersetzung mit sowjetischen Ökonomen vor allem Kriterien und Orientierungen zum Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus vorgetragen. Dies hatte für die DDR allenfalls theoretische, aber keine unmittelbar praktische Relevanz. Anders stand es um Stalins Betonung des objektiven Charakters ökonomischer Gesetze und um seine Kritik am Subjektivismus in der Ökonomie. Das berührte auch die Wirtschaftspolitik der DDR unmittelbar. In besonderem Maße traf dies auf das in dieser Schrift formulierte Grundgesetz des Sozialismus zu: "Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung durch ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommnung der Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik."<sup>10</sup>

Positiv festzuhalten bleibt, dass hier von den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgegangen wurde, deren Befriedigung auf hohem technischem Niveau angestrebt wurde. Und es ging sowohl um materielle als auch um kulturelle Bedürfnisse. Ein eigener, authentisch sozialistischer Entwicklungspfad war damit nicht eingeschlagen. Es handelte sich

letztlich um das Überholen des Kapitalismus auf den von diesem vorgegebenen Feldern – insonderheit der Arbeitsproduktivität und des Konsums.

Die SED bezog sich nach der Verdammung eines "deutschen Weges zum Sozialismus" zunehmend auf Erfahrungen der UdSSR, wie sie – überprüft an den volksdemokratischen Erfahrungen – 1957 in der Moskauer Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder als allgemeingültige Prinzipien des sozialistischen Aufbaus verkündet wurden.<sup>11</sup> Dazu gehörten:

- Führung der werktätigen Massen durch die Arbeiterklasse, deren Vorhut die marxistisch-leninistische Partei ist
- Die proletarische Revolution, die zur Errichtung der Diktatur des Proletariats in dieser oder jener Form führt (womit die Sowjetmacht nicht als einzig mögliche Form ausgewiesen wurde)
- Bündnis mit den werktätigen Bauern und anderen werktätigen Schichten
- Beseitigung des kapitalistischen Eigentums und dessen Ersetzung durch gesellschaftliches Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln
- Allmähliche sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft
- Planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft, gerichtet auf den sozialistischen und kommunistischen Aufbau und Hebung des Lebensstandards
- Sozialistische Revolution auf dem Gebiet von Kultur und Ideologie
- Heranbildung einer neuen Intelligenz
- Beseitigung nationaler Unterdrückung, Freundschaft und Gleichberechtigung der Völker
- Schutz der Errungenschaften gegen äußere und innere Feinde
- Internationale Solidarität, proletarischer Internationalismus

Die Frage, was von diesen Prinzipien Bestand hat, was der Präzisierung bedarf, was zu verwerfen ist, bedürfte gründlicher Analysen und sollte nicht mit oberflächlichen Be- und Verurteilungen abgetan werden. Das eigentliche Problem bestand wohl eher im Gegensatz von Anspruch und Wirklichkeit. Und die Grenzen dieser auf beträchtlicher Abstraktionshöhe formulierten Prinzipien zeigen sich vor allem in den hier nicht thematisierten, aber inzwischen herangereiften Problemen, die außerhalb der kommunistischen Bewegung zunehmend erörtert wurden. Gemeint sind vor allem:

- Der Schutz der natürlichen Umwelt und die Grenzen des Wachstums, Überlegungen zu einem Entwicklungspfad jenseits des fordistischen Modells
- Basisdemokratie und Partizipation – Demokratie als unerlässliche Bedingung für Sozialismus
- Entfaltung der Persönlichkeit und persönliche Freiheit
- Genderfrage, Geschlechterbeziehung, Feminismus und Auseinandersetzung mit Patriarchat

Es bleibt festzuhalten, dass mit der Verkündung des sozialistischen Aufbaus auf der II. Parteikonferenz<sup>12</sup> der SED keine weitergehende, über die "Grundsätze und Ziele" hinausgreifende inhaltliche Zielbestimmung erfolgte. Die Erfordernisse des sozialistischen Aufbaus wurden vorwiegend als praktische Aufgaben auf den Feldern der Politik, der Ökonomie und von Kultur und Bildung beschrieben. Die Eckdaten des ersten Fünfjahrplanes bestanden fort.

Da die Entscheidung über die Verkündung des sozialistischen Aufbaus in der DDR – worauf wir noch zu sprechen kommen – kurzfristig getroffen wurde, ist es zu tolerieren, wenn der Brückenschlag zwischen der Vision und der gesellschaftlichen Praxis nicht wirklich versucht wurde. Aber auch in der Folgezeit war der sozialistische Aufbau nicht von ständiger theoretischer Analyse begleitet. Gleichwohl sind später verschiedentlich – vor allem auf dem Felde der Ökonomie – Überlegungen angestellt worden, die auch für künftige antikapitalistische Alternativen zu beachten sind – so zu unterschiedlichen Eigentumsformen, zu den Wechselwirkungen von Planung und Markt, zu Kriterien effektiven Wirtschaftens ohne kapitalistische Konkurrenz. Manche zunächst von Querdenkern ausgesprochenen Gedanken wurden später Parteilinie, wie das beim Neuen Ökonomischen System der sechziger Jahre der Fall war.

Wer heute das Protokoll dieser Konferenz liest, dem fällt gewiss auf, welche Diskrepanz sich zwischen der euphorischen Ansprache von Otto Buchwitz und den praxisorientierten Ausführungen von Walter Ulbricht auftut. Buchwitz sprach über die "schönste und herrlichste Idee", über die Erfüllung einer großen Sehnsucht, die den Genossen auch in dunkelsten Zeiten Kraft gegeben hatte.<sup>13</sup> Ulbricht hatte den Aufbau des Sozialismus gerade als zentrale Aufgabe verkündet, da lautete sein nächster Satz: "Das Hauptinstrument bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus ist die Staatsmacht"<sup>14</sup>, womit letztlich ein "Sozialismus von oben" angesteuert wurde.

### **Politische Voraussetzungen und Bedingungen**

Nach der Befreiung vom Faschismus war in allen Teilen Deutschlands – zumindest in den politisch aufgeklärten Kreisen der Bevölkerung – die Einsicht weit verbreitet, dass ein Zusammenhang Kapitalherrschaft und Faschismus gegeben ist. In allen Parteilagern existierte Aufgeschlossenheit für sozioökonomische Veränderungen mit Eingriffen in Eigentumsverhältnisse und Einschränkung der freien Wirtschaft durch Planwirtschaft beziehungsweise planwirtschaftliche Regularien. Auch der Vorsitzende der CDU (Ost) Jakob Kaiser sprach vom "allgemeinen sozialistischen Zug der Zeit"<sup>15</sup>.

In der Arbeiterbewegung, in den Arbeiterparteien und auch in den Gewerkschaften sahen die meisten Funktionäre und Mitglieder die Perspektive in einer aus der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung hervorchwachsenden sozialistischen Ordnung. Die KPD orientierte auf zwei deutlich unterscheidbare Entwicklungsstadien, die SPD betonte den unlöslichen Zusammenhang zwischen Demokratie und Sozialismus bis zur agitatorischen Losung, dass die Demokratie nur sozialistisch oder gar nicht bestehen könne.

Ausgesprochen oder unausgesprochen lief das darauf hinaus, dass die Machtfrage zur Entscheidung stand. Zwar unterschieden sich Kommunisten und Sozialdemokraten im Verständnis von Macht und des Gebrauchs der Macht in gravierenden Punkten. Aber sie stimmten grundsätzlich überein, dass eine sozialistische Gesellschaft nicht spontan aus einem kapitalistischen Umfeld hervorchwächst, sondern dass es politischer Instrumentarien bedarf, um über den Kapitalismus hinausweisende Verhältnisse und neue Entwicklungswege einzuschlagen.

In der klassischen Interpretation des Marxismus werden diese Machtverhältnisse als Diktatur des Proletariats beschrieben, mit der die alte Staatsmaschinerie zerschlagen wird. Die SED hat sich im Karl-Marx-Jahr 1953 dazu bekannt, dass in der DDR eine derartige Diktatur errichtet wurde. In seiner Rede traf der Generalsekretär Walter Ulbricht die Einschätzung: "Der Staat der Deutschen Demokratischen Republik führt erfolgreich die Funktionen der



Diktatur des Proletariats aus, das heißt, er löst die Grundaufgabe der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus – den Aufbau der wirtschaftlichen und kulturellen Grundlagen des Sozialismus sowie die Unterdrückung der volksfeindlichen Kräfte – und organisiert den Schutz der Heimat."<sup>16</sup> Hier wurde nicht eine Aufgabe formuliert, sondern hier erfolgte die Bewertung einer erreichten Qualität der Machtverhältnisse. Mithin hat es wenig Sinn, heute den Diktaturcharakter der DDR zu leugnen. Die Frage, die es zu beantworten gilt, lautet: Worin bestand das Wesen dieser Diktatur und was war ihre Wirkungsweise?

Es bleibt festzuhalten, dass von Ulbricht die wirtschaftlich-organisatorische Funktion dieser Diktatur in den Vordergrund gestellt wurde. Er hatte sich in Vorbereitung seiner Rede gründlich mit den Auffassungen von Marx, Engels und Lenin in der Staatsfrage befasst. In seinem Nachlass befinden sich 18 maschinenschriftlich eng beschriebene Seiten mit entsprechenden Zitaten, die er mit zahlreichen Anstreichungen versehen hat.<sup>17</sup> Seine Rede enthält Verweise auf "Aufhebung der Trennung von beratender und beschließender Körperschaft", womit wohl die beschließende und durchführende Gewalt gemeint war, "breite Heranziehung der Werktätigen zur Mitarbeit", Schaffung eines "vollständigen Systems der sozialistischen Gesetzlichkeit" und dessen "strikte Einhaltung durch alle Staatsorgane und Bürger". In der Praxis wurde jedoch gerade zu dieser Zeit – unter dem Einfluss der Stalinschen These von der gesetzmäßigen Verschärfung des Klassenkampfes<sup>18</sup> – nicht nach diesen Prinzipien gehandelt.

Dass die SED 1952 in einer Position war, von der aus sie die Geschicke der DDR lenken und den weiteren Entwicklungsweg bestimmen konnte, steht außer Frage.

Die Verfassung bot Spielräume für sozialökonomische Umgestaltungen. Die Zustimmung der Blockparteien und der Massenorganisationen einzuholen, bereitete keine Schwierigkeiten. Belastbare Erhebungen über die Zustimmung in der Bevölkerung sind mir nicht bekannt. Vorbehalte bestanden wohl weniger gegen die sozialistische Idee als gegen so manche mit sozialistischen Vorzeichen versehenen politischen Vorgehensweisen. Unzufriedenheit erwuchs aus den noch immer bedrückenden Lebensverhältnissen, die zwar letztlich aus der Hinterlassenschaft des Faschismus resultierten, aber zunehmend den neuen politischen Verantwortungsträgern angelastet wurden.

Zu den einschneidenden Veränderungen im politischen Raum gehört die Auflösung der Länder und die Bildung der Bezirke sowie die Schaffung neuer Kreisstrukturen. Ein zwingendes Erfordernis des sozialistischen Aufbaus war dies meines Erachtens nicht. Auch der unveränderten Zielstellung Schaffung der einheitlichen demokratischen deutschen Republik standen sie entgegen, denn diese war realistisch gesehen nur mit föderalen Strukturen denkbar. Diese Maßnahmen ermöglichten zwar manche kaderpolitischen Bereinigungen und Neubesetzungen, aber sie führten dazu, dass gerade im Anfangsstadium des sozialistischen Aufbaus störende Turbulenzen auftraten. Als zeitweiliges ehrenamtliches Mitglied des Rates des Bezirkes Leipzig habe ich selbst erlebt, welche Mühe es den neuen Organen und ihren Funktionären bereitete, die Fäden der Leitung in die Hand zu bekommen.<sup>19</sup>

Der Aufbau des Sozialismus wurde verkündet unter Berufung auf das Wollen der werktätigen Bevölkerung. Der Schüsselsatz im Referat Walter Ulbrichts lautete: *"In Übereinstimmung mit den Vorschlägen aus der Arbeiterklasse, aus der werktätigen Bauernschaft und aus anderen Kreisen der Werktätigen hat das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschlossen, der II. Parteikonferenz vorzuschlagen, dass in der Deutschen Demokratischen*

*Republik der Sozialismus planmäßig aufgebaut wird.*<sup>20</sup> Etwas abweichend hiervon wurde in der Entschließung der Konferenz von den erreichten *„politischen und ökonomischen Bedingungen“* sowie *„vom Bewußtsein der Arbeiterklasse und der Mehrheit der werktätigen Bevölkerung“* ausgegangen.<sup>21</sup>

Einen öffentlichen Diskurs über die Perspektive der DDR hatte es aber nicht gegeben, nicht einmal in den oberen Parteigremien. Hingegen erinnere ich mich mancher Diskussionen, weshalb die einander stark ähnelnden Entwicklungsprozesse in den volksdemokratischen Ländern und in der DDR dort im Zeichen des Sozialismus und bei uns unter antifaschistisch-demokratischen Losungen verliefen.

In den der Vorbereitung der Parteikonferenz dienenden Dokumenten hatte nichts darauf hingedeutet, dass hier über eine weitergehende strategische Zielsetzung entschieden werden sollte. Selbst das Zentralkomitee wurde erst am Vorabend der Eröffnung der Konferenz informiert. Übrigens kam es einer Parteikonferenz überhaupt nicht zu, solch weitreichende Entscheidungen zu treffen. Laut Statut durfte sie nur Beschlüsse zu dringenden Fragen der Politik und Taktik fassen, die überdies vom Zentralkomitee zu bestätigen waren.<sup>22</sup> Die ganze Anlage des achtstündigen Referats des Generalsekretärs deutet darauf, dass es schon weit gediehen war, als die Entscheidung über die Verkündung der Errichtung der Grundlagen des Sozialismus fiel. Die Eröffnungsrede Wilhelm Piecks enthielt nicht einmal andeutungsweise einen Hinweis darauf, dass diese Konferenz Entscheidungen von solcher Tragweite zu treffen habe. Walter Ulbricht war nach einer halbstündigen Pause beim zweiten Teil seines Referats angelangt, als er mit dem oben zitierten folgenreichen Satz alle Delegierten elektrisierte. In der Entschließung der Parteikonferenz ist die entscheidende Formulierung unter Punkt sechs angesiedelt.

Die Ursache der späten Information selbst des Zentralkomitees ist darin zu suchen, dass erst einen Tag vor Eröffnung der Konferenz die Zustimmung aus Moskau eintraf. Und diese gehörte selbstverständlich zu den erstrangigen politischen Voraussetzungen und Bedingungen. Deshalb hatte das Politbüro des ZK der SED am 2. Juli 1952 einen Brief an den *„Teuren Genossen Josef Wissarionowitsch Stalin“* – gezeichnet *„mit kommunistischem Gruß“* – gerichtet.<sup>23</sup>

In diesem Schreiben wurden drei Fragen aufgeworfen und um Einverständnis gebeten.

Die erste betraf die Einschätzung des Entwicklungsstandes der SED, die sich nun mit Fug und Recht als marxistisch-leninistische Partei bezeichnen wollte.

Die zweite bezog sich auf die Charakteristik der Adenauer-Regierung, die als *„Regierung der reaktionärsten, militaristischen, profitgierigsten Kreise des westdeutschen Finanzkapitals, als Vasallen-Regierung der USA“* bezeichnet wurde – Formulierungen, die stark an die Faschismusdefinition des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale erinnern.

Die dritte und wichtigste Frage hatte den anvisierten Aufbau des Sozialismus in der DDR zum Gegenstand. Die SED-Führung argumentierte, dass die entscheidenden Voraussetzungen für den Übergang zum Aufbau des Sozialismus in der DDR geschaffen seien. Da sie sich der Konsequenzen für die sowjetische Deutschlandpolitik bewusst war, schätzte sie ein, dass der Kampf um die Einheit eines demokratischen Deutschland dadurch nicht behindert, sondern befördert werde, dass der sozialistische Aufbau in der DDR mobilisierend auf die westdeutschen Werktätigen wirke, wenn sie erkennen, dass man *„bei uns besser leben kann als in Westdeutschland“*. Hier wurde also Stalin eine

ostdeutsche Magnettheorie offeriert. Norbert Podewin hat dies als ein "Meisterstück der Täuschung"<sup>24</sup> bezeichnet, mit dem Ulbricht Stalin überrumpelt habe. Ob der von gutinformierten Kennern der deutschen Szene umgebene Stalin so leicht zu täuschen war, können wir offen lassen. Erwiesen ist, dass einen Tag vor Eröffnung der Konferenz die Zustimmung aus Moskau eintraf.

Wie erklärt sich dieses risikoreiche, durch hohen Zeitdruck gekennzeichnete Vorgehen im unmittelbaren Vorfeld der II. Parteikonferenz? Die Vermutung liegt nahe, dass sich nach dem Friedensvertragsangebot der UdSSR – der sogenannten Stalinnote vom 10. März 1952 – erhebliche Besorgnisse in der SED-Führung aufgetan hatten. Die Folgen einer Annahme dieser Vorschläge waren für die DDR schwer kalkulierbar. Es war nicht auszuschließen, dass die UdSSR die von ihr kontrollierte und in ihrer Souveränität erheblich eingeschränkte DDR als Verhandlungsmasse mit dem Westen benutzte. Dem war – so dürfte Ulbricht gedacht haben – am besten mit einer festeren Einbindung der DDR in das sozialistische Lager zu begegnen. Einem deutschen Staat, in dem der Sozialismus aufgebaut wird, war die UdSSR anders verpflichtet als einem antifaschistisch-demokratischen staatlichen Provisorium auf deutschem Boden. Dieses Kalkül ist ja auch mehr als drei Jahrzehnte lang aufgegangen.

Zu den politischen Voraussetzungen und Bedingungen gehören nicht zuletzt die internationalen und deutsch-deutschen Kräfteverhältnisse. In der UdSSR war entgegen der Auffassung von Karl Marx der Aufbau des Sozialismus in einem, und zwar einem vergleichsweise rückständigen Lande in Angriff genommen worden. Nun wiederholte sich ein solcher Anlauf in einem geteilten Lande, und zwar in dessen kleineren, ökonomisch schwächeren und in vielerlei Hinsicht unterlegenen Teil. Diese Problematik ist von der Historiografie der DDR überwiegend unter dem Aspekt der ungünstigeren Startbedingungen behandelt worden, es handelte sich aber um permanent wirkende ungünstige Bedingungen.

Zeitgenössisch blieb dieses Handicap zu einem gewissen Grade verdeckt. Denn es existierte ein sich herausbildendes sozialistisches Weltsystem, das vom Pazifik bis zur Elbe reichte und über erhebliche materielle Ressourcen und menschliche Potenziale verfügte, vorausgesetzt, diese wurden gezielt und kreativ genutzt. So manche Anzeichen sprachen dafür, dass sich der Vormarsch des Sozialismus weltweit fortsetzt. Das durch den Sieg über die deutsche Wehrmacht errungene hohe internationale Ansehen der UdSSR wirkte nach. Solange sich die Produktion in allen Ländern noch vorwiegend extensiv erweiterte, vermochten die sozialistischen Länder im ökonomischen Wettlauf mitzuhalten und teilweise Boden gut zu machen. Das Atomwaffenmonopol der USA war gebrochen. Andererseits traten auch im kapitalistischen Weltsystem deutliche Widersprüche hervor. Die wirtschaftlichen und militärischen Integrationsprozesse verliefen keineswegs reibungslos. Es war nicht auszuschließen, dass sich der nach dem ersten Weltkrieg stattgefundenen Krisenzyklus wiederholte und der Kapitalismus in eine den Jahren 1928/1929 vergleichbare Weltwirtschaftskrise hineinschlittert. Das Ende der Kolonialherrschaft kündigte sich an.

Der Kalte Krieg steuerte zunächst auf eine Pattsituation zu, bevor die UdSSR Opfer des mitverschuldeten Rüstungswettlaufes wurde und sie dieser von den USA gezielt forcierten ruinösen Hochrüstung nicht mehr standhalten konnte. Aber es waren auch selbst verursachte Hindernisse, die dem Vordringen des Sozialismus entgegenstanden: der sowjetisch-jugoslawische Konflikt, eine auf alle Länder der sowjetischen Einflussphäre übergreifende neue Welle von

Schauprozessen in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre, der sowjetisch-chinesische Konflikt, die Interventionen 1953, 1956, 1968.

Bei den politischen Voraussetzungen und Bedingungen beobachten wir also förderliche und hinderliche Momente, und ich meine mehr hinderliche als förderliche.

### **Ökonomische Voraussetzungen und Bedingungen**

Als der Aufbau des Sozialismus verkündet wurde, konnte von einem beträchtlichen Grad der Vergesellschaftung der Produktionsmittel ausgegangen werden. Ende 1951 umfasste der sozialistische Sektor etwa 70 Prozent der Volkswirtschaft, davon waren zirka 64 Prozent Volkseigentum, knapp sechs Prozent genossenschaftliches Eigentum. Die Industrieproduktion erfolgte zu fast 80 Prozent im volkseigenen Sektor.<sup>25</sup> Es existierten keine Privatbanken mehr. In der Landwirtschaft gab es volkseigene Güter, Maschinenausleihstationen beziehungsweise Maschinen-Traktoren-Stationen als Stützpunkte einer sozialistischen Umgestaltung, die mit der Bildung Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften mit drei unterschiedlichen Typen eingeleitet wurde. Der Großhandel befand sich weitgehend in staatlichen Händen und wichtige Bereiche des Einzelhandels, des Gaststätten- und Hotelgewerbes lagen in den Händen der staatlichen Handelsorganisation HO. Das verführte allerdings dazu, den sozialpolitischen Fortschritt vor allem am zunehmenden Grad der Vergesellschaftung von Produktionsmitteln zu messen.

Mit dem Zweijahrplan und dem 1951 angelaufenen Fünfjahrplan wurden erste Erfahrungen der Wirtschaftsplanung und bei der Durchsetzung einer umfassenden Planwirtschaft gesammelt. Es stellt sich allerdings die Frage, ob ohne elektronische Erfassung und Aktualisierung von digitalisierten Daten eine gesamtwirtschaftliche Bilanzierung und Steuerung ökonomischer Prozesse damals überhaupt in erforderlichem Maße möglich war.

Aus all diesen Gegebenheiten wurde gefolgert – und die Geschichtsschreibung der DDR hat dies zu begründen versucht –, dass sich ein neuer, von der Ausbeutung in kapitalistischen Unternehmen unterschiedener Charakter der Arbeit herausbildet. Dieser äußert sich nicht zuletzt in der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung. Die von Ausbeutung befreite Arbeit – so die optimistische Annahme – führt zur Übereinstimmung von gesellschaftlichen und persönlichen Interessen der Werktätigen. In der Tat ist die Stellung der Arbeitenden in einem volkseigenen Betrieb oder in einer Genossenschaft eine andere als in einem profitorientierten kapitalistischen Unternehmen. Das mussten nach der "Wende" viele "Lohnabhängige" schmerzlich erfahren. Gleichwohl wurde in der DDR viel zu wenig unternommen, um den Arbeitern und Angestellten diese neue Stellung auch erlebbar zu machen. Und für die Frühphase des sozialistischen Aufbaus gilt das in besonderem Maße. Das Problem, durch welche neuen Triebkräfte die kapitalistische Konkurrenz zu ersetzen ist, blieb trotz mancher Bemühungen und Teilerfolge letztlich bis zum Ende der DDR ungelöst.

War die Umgestaltung der Produktionsverhältnisse schon weit vorangeschritten, so traf das auf den Stand der Produktivkräfte und die reale Wirtschaftslage weit weniger zu. Die DDR litt noch in starkem Maße unter den Kriegszerstörungen und Kriegsfolgen. Die Infrastruktur war stark beeinträchtigt, das Bild vieler Städte prägten noch immer Ruinen des Krieges, von Trümmern beräumte Flächen blieben Brachen, Verkehrsmittel waren überfüllt. Es herrschte Wohnungsnot und Mangel an Heizmaterial. Stromabschaltungen waren noch an der Tagesordnung. Fleisch,

Fett und Zucker konnten nur auf Lebensmittelkarten oder zu überhöhten Preisen in HO-Läden bezogen werden, Textilien nur auf Punktkarten. Die Zeit des großen Hungers war vorbei, aber die Familie zu versorgen, bedurfte erheblicher Anstrengungen.

Hatte es in den unmittelbaren Nachkriegsjahren keine gravierenden Unterschiede in der Lebenslage der Bevölkerung einzelner Besatzungszonen gegeben – früher als im Westen war im Osten Aufbauwille zu spüren gewesen –, so drifteten nun die Lebensverhältnisse deutlich zu Ungunsten der DDR auseinander.

Dabei wirkte sich aus, dass sich die DDR zur beschleunigten Schaffung einer eigenen Schwerindustrie veranlasst sah. Damit sollten der deutschen Spaltung geschuldete Disproportionen überwunden werden. Das entsprach zugleich Stalins These vom absoluten Vorrang der Abteilung I der Industrie, also der Produktionsmittel herstellenden Zweige<sup>26</sup>, was wiederum von den nicht ausgeschöpften Möglichkeiten der Arbeitsteilung im Rahmen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe zeugte. Für die DDR ergaben sich zwar strukturpolitische Effekte, in industriell schwächer entwickelten Regionen schaffte dies neue Arbeitsplätze und auf ihr Umfeld ausstrahlende kommunale Zentren. Das war allerdings nur auf Kosten der Konsumgüterproduktion möglich, deren Erweiterung oder Rekonstruktion zur Befriedigung elementarer Bedürfnisse der Bevölkerung ebenso dringlich war.

Das berechtigt zu der Verallgemeinerung, dass im Bereich der Produktionsverhältnisse günstige Bedingungen für den Übergang zum Sozialismus gegeben waren, beim Stand der Produktivkräfte, der Infrastruktur, beim Lebensstandard der Bevölkerung und überhaupt bei den Voraussetzungen für eine intensiv erweiterte Reproduktion dagegen weit weniger.

Es darf indes nicht übersehen werden, dass wir uns 1952 noch weltweit in der Phase der vorwiegend extensiven wirtschaftlichen Entwicklung befinden. Doch wurde gerade im Kernland des Sozialismus, in der UdSSR, zu lange auf extensiv erweiterte Reproduktion gesetzt. Noch 1961, als sich die SED bereits auf die Herausforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution einzustellen suchte, maß N. S. Chruschtschow auf dem XXII. Parteitag der KPdSU die Fortschritte bei der "Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus" immer noch vor allem am Wachstum der Bruttoproduktion. "Der umfassendste Gradmesser für alle Zweige der gesellschaftlichen Produktion", so erklärte er, "ist das gesellschaftliche Bruttoprodukt."<sup>27</sup> Im Wettlauf mit den USA setzte er auf die Überlegenheit in der Erzeugung von Elektroenergie, Stahl, Erdöl, Gas, Kohle, Zement, von chemischen Produkten.

Die Verkündung des sozialistischen Aufbaus hatte in der Bevölkerung Erwartungen geweckt, die so nicht einzulösen waren. Denn die DDR hatte noch immer in hohem Maße Reparationen zu leisten und Besatzungskosten zu tragen. Nun wurden ihr auch noch enorme Anwendungen für die Aufrüstung und die Vorbereitung einer eigenen Armee abverlangt. Die Gründung landwirtschaftlicher Genossenschaften konnte ohne Investitionen und Subventionen schwerlich erfolgreich anlaufen. Auch die Reorganisation der staatlichen Strukturen war nicht umsonst zu haben. Diese zusätzlichen Belastungen waren mit den ursprünglichen Planungen nicht in Einklang zu bringen. Die Bestrebungen, auf dem Felde der Preispolitik und durch Erhöhung der Arbeitsnormen Abhilfe zu schaffen, ein "Feldzug für strenge Sparsamkeit" konnten die Probleme nicht lösen, wohl aber tiefe Gräben zwischen Partei und Werktätigen aufreißen. Völlig fehl schlug der Versuch, mit einer Art Arbeitsdienst – "Dienst für Deutschland" genannt – Entlastung zu schaffen. Wilhelm Pieck notierte, dieser habe "außer Schaden nichts gebracht"<sup>28</sup>. Anfang Februar 1953 wurde in einer als "Streng geheim"

eingestuften Analyse eingeschätzt, dass "einige äußerst ernst und sehr komplizierte Probleme noch nicht gelöst sind" und "die Erfüllung entscheidender Teile des Fünfjahrplans ... zur Zeit in Frage gestellt ist".<sup>29</sup>

Nun begann ein Wettlauf zwischen Korrekturvorhaben und Entladung angehäufter Widersprüche, der mit dem zu spät eingeleiteten und mit der Art seiner Verkündung Verwirrung stiftenden "Neuen Kurs" nicht gewonnen werden konnte. Einer vom 2. bis 4. Juni 1953 in Moskau weilenden SED-Delegation wurde der Beschluss des Politbüros des ZK der KPdSU übergeben, in dem es hieß: "Als Hauptursache der entstandenen Lage ist anzuerkennen, dass gemäß den Beschlüssen der Zweiten Parteikonferenz der SED, gebilligt vom Politbüro des ZK der KPdSU (B), fälschlicher Weise der Kurs auf einen beschleunigten Aufbau des Sozialismus in Ostdeutschland genommen worden war ohne Vorhandensein der dafür notwendigen realen sowohl innen- als auch außenpolitischen Voraussetzungen."<sup>30</sup>

Es stellt sich die Frage, ob die hier kritisierte schädliche Forcierung zwangsläufig dem auf der II. Parteikonferenz verkündeten Aufbau des Sozialismus entsprang? Das war meines Erachtens nicht der Fall. Eine ausgewogenere, behutsamere Umsetzung der Aufgabenstellung ist ebenso möglich gewesen. Wären der DDR von der Sowjetunion jene Entlastungen bezüglich der Reparationen, Besatzungskosten, Rückgabe von Sowjetischen Aktiengesellschaften, die mit dem Neuen Kurs eingeleitet wurden, früher gewährt worden, hätte sicher manche Schwierigkeit ausgesteuert werden können.

Mein Fazit lautet: Es gab nachvollziehbare Gründe, im Osten Deutschlands eine sozialistische Alternative zu wagen und auf deren Magnetwirkung auf den deutschen Westen zu setzen. Aber in nachträglicher Abwägung aller objektiven und subjektiven Gegebenheiten, aller nationalen und internationalen Umstände muss man wohl zu dem Resultat kommen, dass die Bedingungen und Voraussetzungen hierfür nicht ausgereift waren.

### Anmerkungen

1 Siehe Peter Ruben: Vom Platz der DDR in der deutschen Geschichte. In: Berliner Debatte Initial, Heft 2/2000.

2 Die hier vorgetragenen Überlegungen wurden vom Autor ausführlicher behandelt in: Günter Benser: Mit welchen Sozialismusvorstellungen war die SED angetreten? Die Vision und das Hauptinstrument (=hefte zur ddr-geschichte 60), Berlin 1999; ders.: Der besondere deutsche Weg zum Sozialismus. Konzept und Realität (=hefte zur ddr-geschichte 115), Berlin 2009; ders.: Als der Aufbau des Sozialismus verkündet wurde. Eine Rückschau auf die II. Parteikonferenz mit Dokumentenanhang (=hefte zur ddr-geschichte 75), Berlin 2002.

3 Wenn in diesem Text kommunistische und sozialdemokratische Positionen gegenübergestellt werden, ist natürlich immer von den dominanten, parteioffiziellen Standpunkten die Rede. In den Mitgliedschaften verliefen die Grenzen weitaus fließender und die der SED beigetretenen Sozialdemokraten hatten sich in der Regel deutlich von der Politik der westdeutschen SPD entfernt.

4 Dokumente zur Geschichte der SED. Band 2: 1945 - 1971, Berlin 1989, S. 32 - 38. Die ursprünglich vorgesehene Ersetzung der "Grundsätze und Ziele" durch ein detailliertes Programm auf dem Folgeparteitag wurde nicht realisiert, da die widersprüchliche Situation und die unentschiedenen Auseinandersetzungen in der deutschen Frage langfristige programmatische Festlegungen behinderten.

5 Dokumente zur Geschichte der SED. Band 1: 1847 - 1945, Berlin 1981, S. 113 - 115.

6 Siehe Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung? Die Sechziger-Konferenzen von KPD und SPD 1945 und 1946. Mit einer Einf. v. Hans-Joachim Krusch und Andreas Malycha, Berlin 1990, S. 175 - 190.

- 7 Anton Ackermann: Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus? In: Einheit 1946/1.
- 8 Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang. Die ersten in Deutschland weitverbreiteten Auflagen erschienen im Moskauer Verlag für fremdsprachige Literatur und im Verlag der SMAD, die späteren im SED-eigenen Dietz Verlag.
- 9 Erstveröffentlichung in deutscher Sprache in Neues Deutschland vom 5. Oktober 1952.
- 10 J. W. Stalin: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Berlin 1952, S. 41.
- 11 Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder, die vom 14. bis 16. November 1957 in Moskau stattfand. Beschluss der 34. Tagung des ZK der SED zu den Ergebnissen der Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder anlässlich des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, Berlin 1958.
- 12 In diesem Text wird durchgängig die zeitgenössische Bezeichnung II. Parteikonferenz benutzt. Die Nummerierung der Parteitage mit römischen und der Parteikonferenzen mit arabischen Ziffern wurde erst durch die Parteigeschichtsschreibung verbindlich eingeführt.
- 13 Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 9. bis 12. Juli 1952 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Berlin 1952, S. 257.
- 14 Ebenda, S. 59.
- 15 Zit. in: Peter Bucher: Nachkriegsdeutschland 1945 - 1949. Quellen zum politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert. Freiherr von Stein-Gedächtnisausgabe, Bd. X, Darmstadt 1990, S. 2. u. 4.
- 16 Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen. Bd. IV: 1950 - 1954, S. 574.
- 17 SAPMO-BArch, NY 4182/888, B. 189 - 206.
- 18 So hieß es zum Beispiel in einem nach der Ermordung von Sergej M. Kirow herausgegebenen Rundschreiben, man müsse eingedenk sein, "daß die Feinde, je hoffnungsloser ihre Lage sein wird, um so eher zu dem 'äußersten Mittel' greifen werden, als dem einzigen Mittel der im Kampf gegen die Sowjetmacht zum Untergang Verurteilten". Zit. in: Geschichte der KPdSU (B). Kurzer Lehrgang, Berlin, o. J., S. 443.
- 19 Siehe Günter Benser: DDR - gedenkt ihrer mit Nachsicht, Berlin 2000, S. 143/144.
- 20 Protokoll der II. Parteikonferenz, S. 58.
- 21 Ebenda, S. 492.
- 22 Siehe Dokumente zur Geschichte der SED, Band 2, S. 161.
- 23 Abdruck dieses Briefes in: Günter Benser: Als der Aufbau des Sozialismus verkündet wurde, S. 57/58.
- 24 Norbert Podewin: Ulbrichts Weg an die Spitze der Macht. Stationen zwischen 1945 und 1954 (=hefte zur ddr-geschichte 49), S. 22.
- 25 Siehe Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik, Teil III: Von 1945 bis 1963, Berlin 1967, S. 309.
- 26 Siehe J. W. Stalin: Ökonomische Probleme des Sozialismus, S. 24.
- 27 N. S. Chruschtschow: Über das Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Referat auf dem XXII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. 18. Oktober 1961. In: N. S. Chruschtschow: Kommunismus - Frieden und Glück der Völker, Berlin 1963, S. 441.
- 28 Rolf Badstübner/Wilfried Loth (Hg.): Wilhelm Pieck - Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945 - 1953, Berlin 1994, S. 407.
- 29 SAPMO-BArch DY/3897, Bl. 36.
- 30 Erstveröffentlichung durch Rolf Stöckigt in BzG 5/1990.

Prof. Dr. Siegfried Prokop

### **Ringen um eine sozialistische Alternative in Deutschland. Erfolge und Defizite**

Nachdem Walter Ulbricht auf der II. Parteikonferenz verkündet hatte, dass nunmehr der planmäßige Aufbau der Grundlagen des Sozialismus auf der Tagesordnung stünde<sup>1</sup>, waren nicht wenige Zeitgenossen überrascht. Früher haben wir immer Otto Buchwitz zitiert, der nun einen Traum in Erfüllung wähnte: "Wir haben es immer gewollt! Wir haben es ersehnt! Wir haben es in uns getragen wie einen heiligen Schatz! Wir haben gekämpft! Wir haben gelitten und Opfer gebracht, wie sie ein einzelner für diese große, schöne und herrlichste Idee nur bringen kann. Nun eröffnet sich für uns, die wir am Ausgang des Lebens stehen, eine Perspektive."<sup>2</sup> Andere reagierten nachdenklicher. Sie fragten danach, in welcher Parteigruppe, in welcher Kreisdelegierten- bzw. Bezirksdelegiertenkonferenz die Frage des Aufbaus des Sozialismus vorher beraten worden war. Insbesondere wäre darüber zu befinden gewesen, ob im Juni 1952 bereits der subjektive Faktor so gereift und die objektiven Bedingungen für eine solche weitgehende Entscheidung gegeben waren?

Das Konzept für den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR wurde von Vertretern der SED-Führung und der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) auf der Basis von Richtlinien aus Moskau gemeinsam ausgearbeitet. Es wurde am 8. Juli 1952 vom Politbüro des ZK der KPdSU gebilligt und von der 2. Parteikonferenz beschlossen.<sup>3</sup> Das aber bedeutete, dass von der Möglichkeit des sozialistischen Aufbaus in einem Drittel oder Viertel des Landes (1/5 der deutschen Bevölkerung lebte in der DDR) ausgegangen wurde. Der Beschluss bedeutete ferner, dass der DDR als kleinem Land, das noch Reparationsleistungen zu erbringen hatte, erhebliche zusätzliche Belastungen aufgebürdet wurden:

- die Auflösung der Länder und Schaffung von Bezirken, um dem zentralistischen Dirigismus im Staatsaufbau zum Durchbruch zu verhelfen;
- Forcierung des Aufbaus einer DDR-eigenen Schwerindustrie;
- Aufbau der Kasernierten Volkspolizei (KVP) als Vorstufe einer Armee mit Flugzeugen, Panzern und schweren Geschützen;
- Beginn der Genossenschaftsbewegung auf breiter Front in der Landwirtschaft.

Dies aber waren Aufgaben, die über die politischen, ökonomischen und sozialen Möglichkeiten der DDR weit hinausgingen. Die Überforderung steigerte sich noch im Herbst 1952.

Im Oktober 1952 fand erstmals seit 1939 wieder ein Parteitag der KPdSU, der XIX. Parteitag, in Moskau statt. Auf einer kurz nach diesem Parteitag durchgeführten Plenartagung sprach, wie wir aus einer erst im Jahre 1989 veröffentlichten Mitschrift Konstantin Simonows wissen, als einziger Jossif W. Stalin.<sup>4</sup> Stalin warf erstmals die Frage danach auf, was nach seinem Tode kommen werde und gab zu erkennen, dass er mit einer unmittelbar bevorstehenden militärischen Auseinandersetzung zwischen den USA und der UdSSR rechne. "Roll-Back-Politik" wurde von Stalin



einseitig als ausschließlich militärische Kampfansage aufgefasst. Ihm entging dabei, dass sich die Auseinandersetzung auf andere Felder verlagerte, zum Beispiel auf eine neue Stufe der psychologischen Kriegsführung und des Kampfes um die Hirne der Menschen. Stalin dachte noch immer in den Kategorien der Auseinandersetzung, wie sie im Zweiten Weltkrieg üblich gewesen waren. Stalin überschätzte die akute Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung. Er entblößte damit jene Flanken, an denen tatsächlich angegriffen wurde. Diese falsche Einschätzung Stalins wirkte sich natürlich auch in der DDR aus.

Die 10. Plenartagung des ZK der SED (20. - 22. November 1952) legte die DDR noch stärker auf das sowjetische Modell fest und orientierte auf den "beschleunigten sozialistischen Aufbau". Für dessen Notwendigkeit gab Ulbricht die Begründung, dass auf Grund der Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung "das, was gestern richtig war, heute bereits überholt und unrichtig" sei.<sup>5</sup> Ulbrichts "Husaren-Natur", die gesellschaftliche Entwicklung, wo immer sich eine Möglichkeit bot, künstlich zu beschleunigen, wirkte sich hier besonders schädlich aus. Auf sowjetischen Vorschlag beschloss die Tagung, für die Landesverteidigung zusätzlich 1,5 Milliarden Mark einzusetzen. Eine Aufstockung der Mittel für das Militär mussten auch andere europäische sozialistische Länder vornehmen. Das Programm der Sparsamkeit, das Finanzminister Willy Rumpf auf der Tagung begründete, sah vor:

- höhere Besitz- und Einkommenssteuern,
- gezielte Preiserhöhungen, ausgenommen Waren des Grundbedarfs,
- Einsparungen in der volkseigenen Wirtschaft,
- Reduzierung von Sozialausgaben und von Aufwendungen für die Kultur.

So entstand eine äußerst bedrohliche wirtschaftliche und politische Lage. Die Bündnisbeziehungen zu den Mittelschichten, zu wirtschaftsstarken Bauern und zu kirchlichen Kreisen wurden sektiererisch eingeengt. Die Strafrechtspraxis folgte rabiaten sowjetischen Methoden und Prinzipien, was von vielen Bürgern als Kulturbruch empfunden wurde. Die DDR marschierte in eine gesamtgesellschaftliche Krise.

In einer an die sowjetische Führung im April 1953 übermittelten Analyse signalisierte die SED-Führung, dass das Maß der Belastung der DDR-Bevölkerung überschritten war, worauf nicht sofort reagiert wurde. Erst am 13. April 1953 signalisierte die KPdSU ihr Einverständnis, der DDR Erleichterungen zu gewähren.

Die sowjetische Führung ließ sich Zeit. So beschloss das ZK der SED auf seiner 13. Tagung am 13./14. Mai, dass die Arbeitsnormen zum 1. Juni 1953 "insgesamt um mindestens 10 Prozent erhöht werden"<sup>6</sup>. Dass in dieser Krisensituation die Normen erhöht wurden, war falsch. Noch verschärft wurde dieser Fehlsatz durch die administrativ-bürokratische Ausrichtung gegen die Arbeiter. Das gesamte Normengefüge selbst war schon lange aus den Fugen geraten. Es wirkte in der gesellschaftlichen Krise des Jahres 1953 konfliktverschärfend. Die Produktionsarbeiter mit ihren niedrigen monatlichen Durchschnittseinkommen zwischen 170 und 320 Mark sollten die auftretenden Defizite durch stärkere Arbeitsintensität ausgleichen. Damit vergrößerten sich aber die sozialen Spannungen in den Betrieben. Seit Ende 1952 kam es verstärkt zu Streiks.<sup>7</sup>

Was in der Literatur zum 17. Juni heute in der Regel unerwähnt bleibt, ist die Tatsache, dass im April/Mai 1953 Analysegruppen des Politbüros der SED einen "Neuen Kurs" vorbereiteten. Gustav Just berichtete im Jahre 2006 über

die Analysegruppe unter Leitung von Fred Oelßner über Fragen der Kultur. Eine besondere Rolle habe dabei die Verletzung der nationalen Frage gespielt, weil der Beschluss der II. Parteikonferenz vorschnell gefasst worden sei. Er warf die Frage auf: "Mit welchem Hintergrund hat Ulbricht 1952 den Aufbau des Sozialismus beschließen lassen in einer Zeit, wo die Stalin-Note, die an die Westmächte gerichtet war und eine Wiedervereinigung unter bestimmten Bedingungen in Aussicht stellte, noch nicht abgehandelt war. Das heißt, das ging noch hin und her. Das heißt in dem Sinne, wollte Ulbricht die Stalin-Politik torpedieren, oder gab es eine Gruppe in der sowjetischen Führung, die diese Politik nicht mitmachen wollte oder wollte dann Berija die Stalin-Politik fortsetzen? Also das sind Dinge, die müssten mal aufgeklärt werden."<sup>8</sup> Diese Bemerkung von Just muss festgehalten werden, denn bei der Konzipierung der Deutschlandpolitik nach dem 17. Juni, Mitte und Ende der 50er Jahre bis hin zur Nationalen Grundkonzeption (NaGruKo)<sup>9</sup> versuchte die SED, dem Vorwurf einer Verletzung der nationalen Frage zu begegnen.

In der Tat ging 1952 einiges noch hin und her. Der Notenaustausch der Vier Mächte zog sich bis 23. September hin. Die Sowjetunion hatte schließlich weitere Zugeständnisse für die Gestaltung gesamtdeutscher Wahlen gemacht und auf der Berliner Außenministerkonferenz bot sie im Januar und Februar 1954 sogar den Verzicht auf Reparationen an. Konrad Adenauer bekam es mit der Denkschrift "Gedanken über eine konstruktive deutsche Ostpolitik" von Richard Meyer von Achenbach<sup>10</sup> zu tun. War es in dieser Konstellation angebracht, schon im Juli 1952 mit dem Beschluss über den Aufbau des Sozialismus in der DDR gewissermaßen "vollendete Tatsachen" zu schaffen? Adenauer schuf vollendete Tatsachen, indem er Richard Meyer von Achenbachs Denkschrift, die sich für die Verhandlungen auf der Basis der sowjetischen Note aussprach, für 30 Jahre sperrte.

Zu den Defiziten zählt zweifellos eine der problematischen Thesen, die Jossif W. Stalin im Jahre 1952 über das Zerfallen des kapitalistischen Weltmarktes in seiner Broschüre "Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" aufstellte.<sup>11</sup> Er behauptete, dass neben dem kapitalistischen ein sozialistischer Weltmarkt entstanden sei. An dieser grundfalschen Bewertung hielten Nikita Chruschtschow und Leonid Breschnew bis ins Jahr 1974 fest. Ein sozialistischer Weltmarkt entstand trotz bestimmter Ansätze und Versuche in der Chruschtschow-Ära, diesen zu schaffen, nicht, da die Verletzung des Wertgesetzes während der Stalin-Ära nicht wirklich korrigiert sowie marktwirtschaftliche Prinzipien nicht zugelassen wurden. So entwickelte sich der RGW-Bereich zu einer Art Hinterhof des kapitalistischen Weltmarktes, gerade zu einer Zeit, wo sich die wissenschaftlich-technische Revolution in gewaltigen Schritten Bahn brach. Die Sowjetunion hielt an orthodoxen Prinzipien politischer Herrschaft fest, die die auf genau definierte Bereiche bezogenen Austauschbeziehungen zwischen den sozialistischen Ländern gemäß ökonomischen Gesetzen letztlich unmöglich machten. Es ist zum Beispiel bekannt, dass die UdSSR einseitig "Sonderkoeffizienten" für die Bereiche Wismut, Besatzungskosten und Rüstungsgüter festlegte, die zu einem Abfließen von Nationaleinkommen der DDR in die UdSSR führten. Andererseits gestalteten sich die terms of trade bis Mitte der 70er Jahre zugunsten der DDR. Die genauen Daten sind nur für Teilbereiche bekannt. Die Forschung sollte die exakten Daten auch deshalb zusammentragen, weil der heutige Zeitgeist die Unterstützung der DDR durch die UdSSR gern überbewertet, um die Leistungen der DDR abzuwerten. Heute geht es aber um die sachliche Bewertung und nicht um Klischees, die in diesem Land immer wieder bevorzugt werden. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang eine Tabelle (siehe S. 15), die der Ökonom Karl Mai im Juni d. J. publizierte.<sup>12</sup>

Die sechziger Jahre, die während der Honecker-Ära kaum gewürdigt wurden, waren die erfolgreichste Periode in der DDR-Geschichte. Nicht mehr mit der offenen Grenze konfrontiert, hatte die DDR ähnliche Bedingungen wie andere osteuropäische Länder. Es kommt hinzu, dass Ulbricht selbst einen Lernprozess durchmachte, junge Leute in die Führung holte und zur Reform der DDR-Wirtschaft sowie zu einem neuen Umgang mit der Jugend (die "sozialistisch frech sein" sollte) ermutigte. Die wirtschaftlichen Probleme von Anfang der 60er Jahre konnten bis 1964 bewältigt werden, was auch im Alltagsleben spürbar wurde. Fernsehgeräte, die bis dahin nur über Kundenlisten erworben werden konnten, waren nun frei zu kaufen. Auch andere Konsumgüter des gehobenen Bedarfs fanden in relevanter Größenordnung Eingang in die Haushalte. Die DDR, die von dieser Zeit an auch von der Erdölleitung "Freundschaft" und einer immer mehr florierenden Petrochemie profitierte, erreichte in der zweiten Hälfte der 60er Jahre stabile Zuwachsraten von etwa fünf Prozent. Auch im Westen wurde der ökonomische Fortschritt der DDR gesehen. Medien sprachen vom "zweiten deutschen Wirtschaftswunder" und vom "Roten Preußen". Ulbricht gefiel sich in der Rolle eines Anregers des NÖS als einer "Reform von oben", wobei er sich nicht scheute, auf Reformvorschläge von Fritz Behrens und Arne Benary aus dem Jahre 1956 zurückzugreifen.

**Tabelle: Ökonomische DDR-Verluste im Überblick (1945 - 1989)**

<u>Zeitraum</u>	<u>Ökonomischer Verlust bzw. Art der Belastung</u>	<u>Summe Verlust/Belastung</u>
1945 - 1953	Reparationen (einschl. Demontagen)	53,9 Mrd. RM (- 14 Mrd. \$**)
1950 . 1961	Flucht- und Abwanderungsverluste (dar. personelle Kosten für Bildung)	135,0 Mrd. M (16,0 Mrd. M)
1961 - 1964	Mauerbau (Aufbau- und Infrastruktur-Folgekosten)	3,0 Mrd. M
1945 - 1953	Direkte Besatzungskosten	18,0 Mrd. M
1954 - 1968	(keine endgültigen Daten verfügbar)	(?)
1969 - 1989	Direkte Besatzungskosten	24,0 Mrd. M
1947 - 1990	Uranerzbergbau (direkte Produktionskosten)	25,0 Mrd. M
1982 ff.	Mineralölspaltung; Heizölablösung	19,0 Mrd. M
<b>Außenwirtschaft</b>		
70er/80er		
Jahre	- Verschlechterung der "terms of trade" für die DDR	22,0 Mrd. US-\$
1975 - 1989	- saldierte kumulative DDR-Devisen-Zinslast	30 Mrd. VM

bis 1989	NVA-Bestände an Bewaffnung und Technik (Zeitwert 1990) Gesamtlasten der Verteidigung	40 – 45 Mrd. M
1949 – 1989	darunter Jahressicherheitskosten für NVA, Stasiapparat	10 – 11 % des NE*
dar. 1988		21,7 Mrd. M

\* NE = Nationaleinkommen, \*\* US-\$ auf Preisbasis 1938

Schwieriger gestaltete sich die Gesellschaftsstrategie der SED. Sie begriff zwar im Unterschied zur Euphorie der KPdSU, die glaubte, in der UdSSR bis 1980 den Kommunismus errichten zu können, dass es in der DDR noch lange nicht um den Kommunismus ging und gehen konnte. Jedoch wurde die seit 1945 bis Anfang der 60er Jahre vollzogene soziale Umwälzung als "Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse" angesehen. In der Wertungsskala reichte bei dieser Bestimmung aus, dass die Mehrheit der Betriebe einen genossenschaftlichen oder volkseigenen Status hatte. Nicht beachtet wurde der Unterschied zwischen Volkseigentum und Gemeineigentum. Heute können wir deshalb hinter die Wertung des bis Anfang der 60er Jahre erreichten Entwicklungsstandes ein Fragezeichen setzen. Volkseigentum als Staatseigentum, das nicht der Kontrolle durch die Gesellschaft unterlag, war noch nicht Garant und Ausdruck sozialistischer Verhältnisse. Es konnte auch die Basis für einen anders gearteten, einen linken Staatsmonopolismus sein. Weder in der DDR noch in der Sowjetunion gehörte dem Volke die Hauptmasse der Produktionsmittel. In der UdSSR gehörten (Ende der 80er Jahre) nur 3,4 % des Nationalreichtums dem Volk.<sup>13</sup> In der DDR dürften es reichlich 10 % gewesen sein. Eine genaue Berechnung steht noch aus. Das bedeutet aber eine Entfremdung der Bürger vom Eigentum. Denn über die Masse des Eigentums verfügte der Staat. Das vorhandene Kapital war Staatskapital, das, wie die Geschichte zeigt, privatem Kapital häufig unterlegen ist.

Das Grundproblem zeigte sich bei der Bestimmung und Verwirklichung des weiteren Weges. Es gelang nicht, den Schritt von der Übergangsperiode zu einem entwickelten Sozialismus zu vollziehen. Alle Strategien nach der Übergangsperiode, wie sie sich auch immer nannten, "entfalteter Aufbau des Sozialismus" (1962), "umfassender Aufbau des Sozialismus" (1963), "Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus" (1967) oder "Gestaltung des entwickelten Sozialismus und Vorbereitung des allmählichen Übergangs zum Kommunismus" (1971/76), blieben auf die "Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus" (1957) fixiert, das aber bedeutete ein sich Bewegen in den Grenzen des "realen Sozialismus".

Im SED-Politbüro konstituierte sich 1964/65 eine reformfeindliche Gruppe unter Erich Honecker, die nach Chruschtschows Sturz die Gunst Leonid I. Breshnews genoss. Der österreichische Kommunist Ernst Fischer sah sich zur folgenden, weitsichtigen Feststellung genötigt: "Der jetzige Moskauer Machtapparat hat mit der Idee des Sozialismus gebrochen. Breshnew – das ist der Bruch mit Marx und Lenin ... Wir sehen mit Besorgnis, wie in der Sowjetunion das schreckliche Erbe des Zarismus allmählich das Vermächtnis der Oktoberrevolution überwuchert. Die entscheidenden Impulse kommen in der nächsten Zeit nicht aus der Sowjetunion, nicht aus dem Ostblock, sondern sie kommen

wahrscheinlich aus dem Westen."<sup>14</sup> In einigen Aspekten mag Fischer seine Einschätzung übertrieben haben, aber die Frage danach, ob die Sowjetunion in der Breshnew-Ära noch an der Spitze des Weltfortschritts marschierte, erscheint in vollem Umfange berechtigt. Bei der Durchsicht der Akten-Bestände des Forschungsrates der DDR wird offenbar, auf welche hartnäckigen sowjetischen Widerstände die DDR in dem Bemühen stieß, endlich ökonomischen Prinzipien in der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zum Durchbruch zu verhelfen.

In einem mit Gerhard Schürer abgestimmten Brief Willi Stophs an Alexej Kossygin vom 7. Dezember 1966 heißt es: "Bei der Analyse der Ablehnungen durch unsere Industrie haben wir festgestellt, dass es für einen großen Teil ökonomisch begründete Ursachen gibt ... Dabei denken wir besonders an eine engere Verbindung der Produktionskooperation mit dem Austausch der entsprechenden Dokumentationen und die Schaffung ökonomischer Stimuli für die Dokumentationsübergabe."<sup>15</sup> In einem nicht näher gekennzeichneten Papier in dieser Akte wird ausgeführt: "Allein im Zeitraum vom 1. Mai bis 1. Nov. 1966 wurden von 245 Anträgen der sowjetischen Seite 88 durch die Industrievereinigungen der DDR und von 416 Anträgen der deutschen Seite 133 durch die zuständigen Institutionen der UdSSR abgelehnt."<sup>16</sup>

Die Zahlen verdeutlichen, welche Bremswirkung von der sowjetischen Verweigerung ausging, für geistige Leistungen des Partners zu bezahlen. Dieser Hintergrund verdeutlicht ferner, warum in der DDR durch bestimmte Kräfte mit dem "Kahlschlagplenum" 1965 und durch die Positionierung gegen den Prager Frühling 1968 der Reform der Garaus gemacht wurde sowie 1970/71 der Übergang zu Honecker durch den Sturz Ulbrichts vollzogen wurde. In der Folgezeit sind wirklich befriedigende Lösungen der technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit wohl in der Weltraumforschung zu verzeichnen gewesen (Beispiel Multispektralkamera MKF 6 vom VEB Zeiss Jena in der zweiten Hälfte der 70er Jahre zur kosmischen Fernerkundung der Erde)<sup>17</sup>, aber im zivilen Bereich wohl eher nicht. Im Jahre 2011 wurde das Wortprotokoll eines "offenen Gesprächs" von Michail Gorbatschow und Erich Honecker vom 28. Mai 1987 über diese Fragen veröffentlicht.

Gorbatschow warf Honecker vor, dass die DDR die UdSSR auf die Rolle des Rohstofflieferanten fixiere. Wenn die DDR neue Produktionskapazitäten schaffe, wende sie sich an den Westen. Honecker antwortete: "Ihre Genossen nutzen die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit uns schlecht. Wir haben Ihnen ein sehr wirtschaftliches Spinnverfahren auf neuer technologischer Grundlage übergeben. Aber eine moderne Produktion hat man bei Ihnen nicht entwickelt. Wir haben Ihnen bei der Aneignung der Technologie für die Herstellung von Hochdruck-Polyäthylen geholfen. Aber bei Ihnen wurde eine Anlage mit einer Jahreskapazität von 15 000 Tonnen errichtet. Wir haben in Leuna eine solche für 60 000 Tonnen.<sup>18</sup> Die DDR hatte die Entscheidung gefällt, eine Konverter-Produktion mit einer Kapazität von 1,2 Millionen Tonnen zu errichten. Das Kombinat in Magnitogorsk sollte dabei helfen. Die Angelegenheit habe sich jahrelang hingezogen. Es wurde dringend eine Ausrüstung für Warmwalzgut gesucht. Die Sowjetunion konnte keine elektronisch gesteuerte Anlage liefern. Deshalb erhielt ein Betrieb aus der Bundesrepublik den Zuschlag.<sup>19</sup> Das konnte auch nicht anders gehandhabt werden, denn bei einer Milliardeninvestition in den 80er Jahren konnte man nicht auf den technologischen Standard der dreißiger und vierziger Jahre zurückgreifen.

Es wäre zu einfach, der DDR in den 70er Jahren jeglichen Erfolg abzusprechen. Nach dem Sturz Ulbrichts 1971 begann Honecker seine Politik mit einem vergleichsweise modernen Stil. Er versprach zunächst mehr Liberalität in der

Kulturpolitik. Die Abschaffung des § 218 gegen Stimmen von CDU-Abgeordneten in der Volkskammer hatte für die Frauenemanzipation eine enorme Bedeutung. Honeckers Flexibilität in allen Fragen der internationalen Politik hat den Prozess der weltweiten völkerrechtlichen Anerkennung der DDR Anfang der 70er Jahre außerordentlich befördert. Ohne Honeckers Beweglichkeit dürfte der KSZE-Prozess bis 1975 nicht solche Fortschritte gemacht haben. Während der gefährlichen Block-Konfrontation in der Phase der ersten Reagan-Administration, vor allem im Jahr der Pershing-Stationierung 1983, erreichte Honecker mit seiner Dialog-Politik im internationalen Rahmen Ansehen. Seine Forderung "Das Teufelszeug muss weg" trug dazu bei, dass es in der Phase der ärgsten Zuspitzung nicht zu der von Moskau gewünschten "Eiszeit" kam. Honecker war in dieser Zeit der flexibelste und anerkannteste Politiker des Ostblocks.

Im Widerspruch zu Honeckers Beweglichkeit im deutsch-deutschen Verhältnis und auf dem Felde der internationalen Politik stand seine Reformfeindlichkeit, seine Starrheit und sein Dogmatismus im Innern. Der Beginn der Ära Honecker war gleichbedeutend mit dem endgültigen Aus für die Wirtschaftsreform (das NÖS). Im Ergebnis des Reformabbruchs schwenkte die DDR ebenso wie andere osteuropäische Länder auf den von L. I. Breschnew bestimmten Stagnationskurs der Sowjetunion ein. Das politische System und die zentrale Planwirtschaft gerieten in ihrer Starrheit wie in der UdSSR ab Mitte der 70er Jahre auch in der DDR immer mehr in Widerspruch zur Dynamik der aufkommenden neuen Technik-Revolution im Zeichen des Personal-Computers. Die starren Produktionsverhältnisse wurden zur Fessel für die immer dynamischer sich durchsetzenden Produktivkräfte.

Das Jahr 1978 nimmt in der Geschichte der DDR einen besonderen Platz ein. Es war das letzte Jahr, das durch eine Vorwärtsentwicklung gekennzeichnet war. Ab 1979 lebte die DDR auf Kosten der Substanz.

Zum Ausgleich vor allem der Preiserhöhungen für Energieträger musste die DDR im Zeitraum von 1979 bis 1988 145 Milliarden Mark aufwenden. Das waren im Durchschnitt pro Jahr 14,5 Milliarden Mark. Der jährliche Zuwachs an Nationaleinkommen betrug jedoch in dieser Zeit etwa 10 Milliarden Mark. Das bedeutete, dass bei Beibehaltung der Konsumtion auf Kosten der wirtschaftlichen Substanz gelebt wurde.<sup>20</sup>

Der SED-Führung war offenbar klar, dass sich das Schiff der DDR auf rauer See befand. Aufschlussreich ist der Bericht eines Dolmetschers, der bei einem Vier-Augen-Gespräch von Erich Honecker und Fidel Castro in Havanna im Jahre 1980 übersetzte, worüber 2008 berichtet wurde: "Die beiden sozialistischen Führer hätten den Wettlauf mit dem Kapitalismus für verloren gegeben. Jetzt käme es nur noch darauf an, Zeit zu gewinnen."<sup>21</sup>

Obwohl der SED-Führung die Brisanz des Entwicklungsprozesses ab Ende der 70er Jahre bewusst war, verschloss sie sich Reforminitiativen aus den eigenen Reihen mit Vehemenz. Typisch waren solche zum Dogma erstarrten Formeln wie die von Erich Honecker in seiner Rede vor den 1. Sekretären der Kreisleitungen im Februar 1978: "Ungeachtet aller Unkenrufe werden wir unseren Kurs der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik fortsetzen. Das ist keine zeitweilige, sondern eine langfristige, strategische Orientierung unserer Partei ..."<sup>22</sup> Das starre Befolgen dieser Orientierung führte in den Untergang.

Die Länder des "realen Sozialismus" hatten - wie Fritz Behrens befand - keine reale Vergesellschaftung der Produktionsmittel vollzogen, die die notwendigen gesamtgesellschaftlichen Entscheidungsbefugnisse direkt gewählten demokratischen Gremien übertrug: "Jede wirkliche Revolution ist mit einer tiefgreifenden Veränderung der

Eigentumsverhältnisse verbunden. Nur die im staatlich etablierten Sozialismus bisher steckengebliebene Revolution unseres Jahrhunderts führte nicht zu einer solchen tiefgreifenden Veränderung der Eigentumsverhältnisse, denn Staatseigentum ist noch kein sozialistisches Eigentum, weil kein Gemeineigentum. Es ist – seinem Typus nach – immer noch eine Eigentumsform, in der die Verfügungsmacht über die Produktionsmittel noch nicht bei den Produzenten selbst liegt, zwar nicht mehr bei den Kapitalisten – individuell oder kollektiv –, sondern bei einer die Staatsmacht beherrschenden Bürokratie.“<sup>23</sup>

Ein sozialistisches Land brach 1978 mit bisherigen Vorstellungen und den ultralinken Dogmen. Unter Deng Xiaoping überwand die Volksrepublik China die für sie typischen ultralinken Politikkonzepte des "Großen Sprunges", der "Volkskommunen" und der "Kulturrevolution" und orientierte auf der ZK-Tagung im Dezember 1978 auf einen langandauernden historischen Prozess von mindestens einhundert Jahren der Entwicklung und Festigung des Sozialismus.<sup>24</sup> Dabei wurde klargestellt, dass Armut und zu langsame Entwicklung kein Sozialismus sind. Gleichmacherei sei kein Sozialismus, aber auch Polarisierung nicht. Erstarrt und nach außen abgeschlossen könne der Sozialismus nicht aufgebaut werden. Ohne Demokratie gebe es keinen Sozialismus, ohne Rechtstaatlichkeit auch nicht. Der Strategiewechsel der KPCh von 1978 rückte in den Mittelpunkt aller Aufgaben die Schaffung einer sozialistischen Marktwirtschaft: "Es wurde die Position überwunden, Planwirtschaft und Marktwirtschaft seien sich ausschließende Gegensätze. Wichtiger theoretischer Ausgangspunkt war die Erkenntnis, dass Planwirtschaft und Marktwirtschaft nicht mit Sozialismus bzw. Kapitalismus gleichzusetzen seien. Beide sind Methoden der Wirtschaft, keine Synonyme für Gesellschaftsordnungen. Sozialistische Marktwirtschaft kennzeichne die Anfangsphase des Sozialismus..."<sup>25</sup>

Erich Honecker hat nach der Wende bedauert, dass die DDR sich nicht nach chinesischem Vorbild gerichtet hat.<sup>26</sup> Ein Paradigmenwechsel der Politik in der DDR hätte es einfacher gehabt als die Volksrepublik China. Die SED hätte an die erfolgreiche Wirtschaftsreform des NÖS und im Felde der Politik an die Reformkonzepte von Wolfgang Harich über Robert Havemann bis Fritz Behrens (von Mitte der 50er Jahre bis in die 70er Jahre) anknüpfen können. Behrens hatte auf die Ambivalenz des im Staatsmonopolismus erstarrten "realen Sozialismus" hingewiesen – Renaissance oder Restauration?

Da der Staatssozialismus eine Renaissance nicht zugelassen hatte und letztlich keine Alternative zur bisherigen Gesellschaft darstellte und im Herbst 1989 in einer beachtlichen demokratischen Volksbewegung der Schritt zu einem stabilen demokratischen Sozialismus nicht gelang, setzte sich, auch infolge der Sogwirkung der Bundesrepublik, die Restauration in der Form des Wechsels zum westlichen Staatsmonopolismus durch. Hans Modrow erklärte dazu: "Der reale Sozialismus ist untergegangen, der Kapitalismus aber hat nicht gesiegt. Er ist übriggeblieben."<sup>27</sup>

Die DDR muss trotz der nicht gelösten Eigentumsproblematik und der Vernachlässigung der Demokratie zu den Meilensteinen in der europäischen Emanzipationsgeschichte gezählt werden. Sie brachte es, wenngleich nur auf Volkseigentum und Genossenschaftseigentum basierend, zu einer neuen Qualität des sozialen und solidarischen Umgangs der Menschen miteinander. Entstanden aus den Impulsen der deutschen Arbeiterbewegung repräsentierte die DDR nicht nur kommunistische Traditionen. Die Einheitsschule, die Arbeiter-Wohnungsbau-Genossenschaften (AWG), die Polikliniken und die Jugendweihe gingen eher auf sozialdemokratische Traditionen zurück. Nicht nur wegen des auch staatlich verordneten Antifaschismus war die DDR das "andere Deutschland", das für viele Bürger im In- und

Ausland überzeugend mit den Globalverbrechen bürgerlicher deutscher Eliten in zwei Weltkriegen und in Auschwitz gebrochen hatte.

Nicht gerade Unbedeutendes von der DDR lebt in der Erinnerung vieler Menschen weiter:

- Die DDR verfügte bereits über ein gesellschaftliches System, das das Individuum von Existenzangst befreite. Dies ermöglichte eine neue soziale Qualität im Miteinander der Menschen. Solidarität wurde als Pflicht gegenüber Bürgern aller Nationen empfunden und geübt, was mit einer neuen Art von Internationalismus verbunden war.
- Das bürgerliche Bildungsmonopol war ebenso gebrochen wie das bürgerliche Eigentumsmonopol, auf dem es beruhte.<sup>28</sup> Die gesundheitliche Betreuung war kostenlos. Das bürgerliche Prinzip "Weil du arm bist, musst du früher sterben" gehörte der Vergangenheit an.
- Das private Finanz- und Industriekapital war entmachtet.
- Solange es die DDR gab, ging von deutschem Boden kein Krieg aus.<sup>29</sup>

Dass die DDR aufgehört hat zu existieren, zwingt uns zu einer bis an die Wurzeln gehenden Analyse der Gründe ihres Scheiterns. Das Ende der DDR bedeutet aber nicht, dass ihre Erfahrungen uns in der Gegenwart und künftigen Generationen wenig zu sagen hätten.

## Anmerkungen

1 Walter Ulbricht hatte gesagt: "In Übereinstimmung mit den Vorschlägen aus der Arbeiterklasse, aus der werktätigen Bauernschaft und aus anderen Kreisen der Werktätigen hat das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschlossen, der II. Parteikonferenz vorzuschlagen, dass in der Deutschen Demokratischen Republik der Sozialismus planmäßig aufgebaut wird." In: Protokoll der II. Parteikonferenz der SED, Berlin 1952, S. 58.

2 Ebenda, S. 257.

3 Vgl. Siegfried Prokop: Der 17. Juni 1953. Geschichtsmythen und historischer Prozess. Hefte zur ddr-geschichte, Nr. 81, S. 14.

4 Vgl. Konstantin Simonow: Mit den Augen eines Menschen meiner Generation. Nachdenken über Stalin, in: Sowjetliteratur, Moskau 1989, H. 6, S. 56.

5 Walter Ulbricht: Lehren des XIX. Parteitages der KPdSU für den Aufbau des Sozialismus in der DDR, Berlin 1952, S. 54.

6 Dokumente der SED, Bd. IV, S. 411/412.

7 Vgl. Tabelle 1: Streiks und Unruhen vor dem 17. Juni 1953, in: Siegfried Prokop: Der 17. Juni 1953, a.a.O., S. 16 - 17.

8 Interview mit Gustav Just im Jahre 2006. Nicht publiziert. Text im Besitz des Verfassers.

9 Die NaGruKo besagte: "Die künftige Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist an zwei grundlegende Voraussetzungen geknüpft: an den Sieg des Sozialismus in der DDR einerseits und an die Beseitigung der Herrschaft des Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland andererseits." In: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 8, Berlin 1966, S. 335.

10 Eine unterdrückte Denkschrift. Herausgegeben von Julius H. Schoeps, Frankfurt/M. 1985.

11 J. Stalin: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Berlin 1955.

12 Karl Mai: Ökonomische Verluste und Belastungen Ostdeutschlands bis zur Vereinigung (1945 - 1989), in: Z, Frankfurt/M. 2012, Nr. 90, S. 169.



- 13 Vgl. Valentin Falin: Konflikte im Kreml. Zur Vorgeschichte der deutschen Einheit und Auflösung der Sowjetunion, München 1997, S. 43.
- 14 Ernst Fischer: Schreckliches Erbe des Zarismus. Zit. nach: Spiegel Spezial, 4,1991, S. 68.
- 15 BArch, DF 4/3884 (unpaginiert).
- 16 Ebenda.
- 17 "Die Mission von Sigmund Jähn an Bord von SALJUT-6 war, wie die anderer Teilnehmer am Interkosmos-Programm, in erster Linie propagandistisch, obwohl er durchaus einige gewichtige wissenschaftliche Aufgaben zu erfüllen hatte. Über allem stand die (angeblich) erstmalige Anwendung der Multispektralkamera MKF-6 zur Erdfernerkundung vom Weltraum aus. Gebaut vom Kombinat Carl Zeiss Jena und dem Institut für Elektronik der Akademie der Wissenschaften der DDR, tastete sie mit sechs verschiedenen Pinatar 4,5/125-Objektiven einen Bereich von 225 km Breite x 155 km Länge mit einer Auflösung von 15 bis 20 m in sechs Farbkanälen ab .Erstmalig kam sie aber schon vor diesem Raumflug im Weltraum zum Einsatz. Sie flog mit der SOJUS-22 mit und wurde später mehrfach auf SALJUT-6, SALJUT-7 und der MIR - in freilich ständig verbesserten Versionen - im Einsatz. Für die DDR-Wissenschaftler bedeutete der erfolgreiche Einsatz dieser Kamera den Einstieg in weitere technologische Entwicklungen und so konnten verschiedene Instrumentierungen, die an mehreren wissenschaftlichen Standorten in der DDR entwickelt worden waren (auch Weiterentwicklungen der MKF-6 waren darunter), bei sowjetischen Weltraummissionen eingesetzt werden: 1983 bei Venera 15/16 ein Infrarot-Fourier-Spektrometer zur Erforschung der Atmosphäre der Venus sowie mehrere Geräte für die Marssonden Vega-1 und Vega-2 zum Mars, 1988/89 bei der sowjetischen PHOBOS-Mission. Auf MARS 96 kam dann ein auf der MKF-6 basierendes, fortentwickeltes Kameramodell (WAOSS) zum Einsatz." In: [astroholls.blogspot.de/2012/02/75-geburtstag-von-sigmund-jaehn.html](http://astroholls.blogspot.de/2012/02/75-geburtstag-von-sigmund-jaehn.html).
- 18 Aleksandr Galkin und Anatolij Tschernjajew (Hrsg.): Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986 - 1991, München 2011, S. 34.
- 19 Vgl. ebenda, S. 35
- 20 Vgl. Günter Mittag: Um jeden Preis, Berlin und Weimar 1991, S. 129.
- 21 F.-B. Habel: Ungleiche Brüder, in: Neues Deutschland, 12.04.2007, S. 13. ("Zement gegen Südfrüchte", RBB, am selben Tag, 20.15 Uhr)
- 22 Erich Honecker: Die Aufgaben der Partei bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED, Berlin 1978, S. 24/25.
- 23 Fritz Behrens: Abschied von der sozialen Utopie, Berlin 1992, S. 155.
- 24 Vgl. Rolf Berthold: Nachdenken aus heutiger Sicht. Zur Theorie und Praxis der KP Chinas auf dem sozialistischen Weg, in: RotFuchs/Juli 2007, RF-Extra, S. III.
- 25 Ebenda, S. IV.
- 26 Erich Honecker hatte zum chinesischen Weg geäußert: "Ja, es wäre besser gewesen, wir hätten uns auf China orientiert." Zit. nach: Heinz Geyer: Zeitzeichen. 40 Jahre in Spionageabwehr und Aufklärung, Berlin 2007, S. 137.
- 27 Hans Modrow: Die Perestroika. Wie ich sie sehe, Berlin 1998, S. 200.
- 28 Vgl. Hanfried Müller: Zur "Kritik eines Kommunisten an der Entwicklung der DDR". Ein Beitrag zum Gespräch um Erbe und Tradition, um DDR und SED mit Gerhard Winter, in: Weißenseer Blätter (WBl.), 3/99, S. 45.
- 29 Vgl. Günter Bergmann: Gedanken eines Tschekisten zum Leserbrief von Gerhard Winter, in: ebenda, S. 54.

Prof. Dr. Ekkehard Lieberam

### **Theoretische Schlussfolgerungen aus den Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus in der DDR**

Etwas kürzer formuliert geht es um das Thema "Sozialismustheorie und sozialistischer Aufbau" (in der DDR und in anderen sozialistischen Ländern). Mit meinem eigenen Lebensweg ist dieses Thema eng verbunden.

Etwa zur Zeit der 2. Parteikonferenz der SED bin ich als Oberschüler in Braunschweig Mitglied der "Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken" geworden. Noch zum 17. Juni 1953 interpretierte ich als durch und durch antikommunistischer junger Sozialdemokrat die Ereignisse in der DDR nicht als Konterrevolution, sondern als Kampf der Arbeiter für einen wirklichen Sozialismus. An der 3. Parteikonferenz der SED nahm ich dann schon als westdeutscher Gast aus Braunschweig teil (zusammen mit dem örtlichen KPD-Sekretär und einigen anderen Genossen). Im Frühjahr 1957, nach dem Abitur und vor der Einberufung zur Bundeswehr, ging ich in die DDR. Der wichtigste Grund war: Nach meiner mittlerweile geänderten Meinung wurde dort nicht bloß über Sozialismus geredet, sondern Sozialismus war im östlichen Teil Deutschlands eine Sache praktischer Gesellschaftsgestaltung geworden. Und da wollte ich dabei sein.

Ich arbeitete zunächst als Produktionsarbeiter und studierte dann ab Herbst 1958 an der Juristenfakultät der Karl-Marx-Universität in Leipzig. Irgendwann stand auch mal die Frage einer Exmatrikulation, aber jene, die bei mir "einen Rucksack voller ideologischer Unklarheiten" ausmachten, beruhigten sich wieder. Nach dem Studium blieb ich zunächst an der Juristenfakultät in Leipzig. Mit Parteauftrag wechselte ich Anfang der siebziger Jahre an das neu gegründete "Institut für Theorie des Staates und des Rechts" (ITSR) der Akademie der Wissenschaften der DDR, zunächst mit dem Spezialgebiet Staat und Recht in den kapitalistischen Ländern. Anfang der achtziger Jahre wurde ich dann sechs Jahre als Leiter des Bereichs "Staat und Recht im politischen System des Sozialismus" dafür bezahlt, über Grundfragen des Sozialismus nachzudenken und dies und jenes auch zu schreiben.

Am 1. Juli 1982 kam Uwe-Jens Heuer an das ITSR und schrieb zwischen 1985 und 1987 eines seiner bedeutendsten Werke: "Marxismus und Demokratie". Uwe-Jens war der führende Kopf einer sich alsbald am Institut entwickelnden problemorientierten Sozialismusdebatte, als deren Leitsatz sein späteres Bekenntnis gelten kann: "Vor allem aber wollte ich die DDR reformieren, aber nicht, um sie auf diese Weise schrittweise zu beseitigen, sondern um ihre dauerhafte Existenz zu sichern."<sup>1</sup> An Problemen für die Diskussion um eine Veränderung des "realen Sozialismus" in diesem Sinne mangelte es in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wahrlich nicht. Nach der sogenannten Wende hatten wir (Uwe-Jens Heuer und ich) acht Jahre Gelegenheit, diese Diskussionen in Bonn unter den Bedingungen der großen Niederlage und der Abwicklung und Kriminalisierung der DDR fortzusetzen. Im Jahre 1992 haben wir beide gemeinsam den Abschnitt über den Sozialismusversuch für das PDS-Programm von 1993 geschrieben.

Für unser Thema ist dieser Rückblick insofern wichtig, da meine Positionen zur Sozialismustheorie nach den Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus sich gerade in Debatten mit Uwe-Jens Heuer entwickelt haben und mit dessen

Auffassungen weitgehend übereinstimmen. Komprimiert sind diese in der kürzlich erschienenen Heuer-Gedenkschrift nachzulesen.<sup>2</sup> Welche Positionen bzw. Auffassungen sind dies?

**Dazu zunächst einige Vorbemerkungen: zum Sinn, aber auch zur Begrenztheit und zum Platz der Lehren des sozialistischen Aufbaus im 20. Jahrhundert für zukünftige Kämpfe um eine sozialistische Gesellschaft.**

Natürlich wird ein neuer Sozialismus im 21. Jahrhundert, wenn denn sich rechtzeitig dafür die entsprechenden gesellschaftlichen Kräfte finden und ein Triumph der kapitalistischen Barbarei verhindert werden kann, nicht als verbesserter Realsozialismus oder gar als dessen Neuauflage entstehen. Ein neuer Sozialismus wird aus zukünftigen Klassenkämpfen und aus konkreten Klassenbündnissen unter jeweils gegebenen nationalen und internationalen machtpolitischen Konstellationen hervorgehen. Der Sozialismus des 20. Jahrhunderts kann und muss dabei in vielfacher Hinsicht "Erfahrungsobjekt" (Ingo Wagner) sein. Bewiesen wurde, dass eine sozialistische Gesellschaft auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums möglich ist. Deutlich wurde ebenfalls, dass eine solche Gesellschaft qualitativ neue gesellschaftliche Verhältnisse ermöglicht: eine Gesellschaft ohne Arbeitslosigkeit, ohne Krisen und mit einem weitaus höheren Maß an sozialer Gleichheit. Aber im "Wettbewerb mit dem Kapitalismus" war dieser Sozialismus letztlich nicht konkurrenzfähig.<sup>3</sup>

Sinn einer Debatte um die Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus ist es vor allem, einen theoretischen Vorlauf hinsichtlich der Probleme und Eckpunkte zukünftiger sozialistischer Gesellschafts-, Staats- und Demokratiegestaltung zu erreichen. Es gilt dabei, den Blick für Irrtümer, Sackgassen und mögliche Fehlentwicklungen zu schärfen. Viele Fragen der Sozialismusgestaltung sind nach wie vor offen oder werden doch sehr konträr beantwortet. Ein Primat der Sozialismustheorie gegenüber der Praxis gibt es auch heute nicht (ob es das überhaupt jemals geben wird, ist zweifelhaft). Der Weg zu einem zukünftigen Sozialismus bleibt in vieler Hinsicht ein Suchpfad und nicht etwa die Abarbeitung eines nunmehr fertig vorliegenden Masterplanes. Wichtige Aufgaben des sozialistischen Aufbaus (insbesondere die Durchsetzung eines effektiven ökonomischen Systems und Schaffung eines qualitativen neuen Demokratietyps) konnten nicht erfüllt werden. Ökonomische und politische Reformen bzw. Großexperimente wurden zu früh abgebrochen.

Im Übrigen ist es schwierig, jene Momente und Probleme zu bestimmen, die infolge der schwierigen inneren und äußeren geschichtlichen Bedingungen des sozialistischen Aufbaus (Vernichtung der Kader der Arbeiterbewegung durch die Nazifaschisten, Stand der Produktivkräfte, Kalter Krieg, "führende Rolle" der KPdSU usw.) zeitbedingt waren und davon jene Tendenzen, Defizite und Fehlentwicklungen abzuheben, die auf Dilettantismus oder Fehlentscheidungen der politischen Führung in der DDR zurückgehen.

Die Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus bestätigen zunächst, dass ganz wichtige Grundgedanken der Sozialismustheorie, wie sie Marx und Engels im 19. Jahrhundert formuliert haben, sich bestätigt haben – sowohl im Klassenkampf in den kapitalistischen Ländern als auch im Zusammenhang mit dem sozialistischen Aufbau. Sie bleiben insofern Leitsätze für den Kampf um den Sozialismus im 21. Jahrhundert.

– Sozialismus ist weder eine Vision noch ein ethisches Konzept, noch ein sozial verbesserter Kapitalismus. Sozialismus ist eine gemeinwirtschaftliche Gesellschaftsordnung, in der das große Privateigentum an den Produktions- und Distributionsmitteln vergesellschaftet wird.

- Ohne den Kampf der Klasse der Lohnarbeiter und die Macht ihrer Organisation, ohne die politische Machteroberung durch diese Klasse wird Sozialismus im 21. Jahrhundert ein Mythos bzw. allenfalls "eine interessante Idee" (Heinz Jung) bleiben.
- Sozialismus ist nicht als Hineinwachsen des Kapitalismus in den Sozialismus machbar. Das Kapitalverhältnis wird im Falle progressiver ökonomischer Reformen alsbald wieder hergestellt, wenn keine machtpolitischen Umwälzungen erfolgen, die es ermöglichen, die Reformen über sich selbst hinaus zu treiben und die Dominanz des kapitalistischen Eigentums zu beseitigen.

Über die neuen, im Zuge des sozialistischen Aufbaus gewonnenen Erkenntnisse für die Sozialismustheorie wird sehr kontrovers diskutiert. Einen Konsens darüber gibt es nicht. In aller Regel geht bei den Verfechtern einfacher Antworten die Verweigerung einer konkreten Analyse des Realsozialismus mit einer Reihe von bloßen Behauptungen einher.

Da gibt es eine Gruppe, deren Hauptschlussfolgerung besagt, nie wieder dürfe, wie nach dem 20. Parteitag der KPdSU, der Revisionismus den sozialistischen Aufbau untergraben. Eine weitere Gruppe sieht in der Tradition von Leo Trotzki in der Abkehr vom Absterben des Staates und dem politischen Modell der Pariser Kommune den Hauptfehler und die Hauptursache des Scheiterns. Eine dritte, in sich sehr differenzierte Richtung (KKE, Crisis-Gruppe, Exit-Gruppe) meint, alle Fehlentwicklungen seien darauf zurückzuführen, dass die sozialistischen Staaten entgegen den Hinweisen von Karl Marx in den Randglossen zur Kritik des Gothaer Programms sich vom Kommunismus als Nahziel abgewandt hätten. Damit sind wir beim ersten inhaltlichen Punkt.

**Erstens: Die wohl wichtigste theoretische Schlussfolgerung aus den bisherigen Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus war und ist die bereits in der DDR, zumindest unter Walter Ulbricht, formulierte Erkenntnis, dass der Sozialismus eine selbständige Gesellschaftsordnung und kein kurzfristiger Übergang zum Kommunismus ist.**

Diese Erkenntnis vom Sozialismus als lang andauernde, relativ selbständige Gesellschaftsordnung, die zweifelsohne mit wesentlichen Aussagen von Karl Marx in den Randglossen zur Kritik des Gothaer Programms von 1875 nicht übereinstimmt, formulierte Walter Ulbricht am 12. September 1967 auf der "Internationalen wissenschaftlichen Session" zum Thema "100 Jahre 'Das Kapital'" in Berlin. Er sprach sogar von einer selbständigen "Gesellschaftsformation". Unter Erich Honecker wurde diese Position relativiert. Die KPdSU wertete sie als revisionistische Abweichung.

Abgelehnt wird diese Position heute besonders vehement von der KKE, der Kommunistischen Partei Griechenlands. Auf ihrem 18. Parteitag definiert die KKE Sozialismus als "unreifen, nicht entwickelten Kommunismus" und orientiert auf einen "anhaltenden Kampf" im Sozialismus "für die Abschaffung jeder Form von Gruppen- und Einzeleigentum", für die Umwandlung "aller gesellschaftlichen Verhältnisse in kommunistischen Beziehungen" und auf die Abschaffung der "Zuteilung des Sozialprodukts in monetärer Form": "Kommunistische Produktion - auch in ihrem unreifen Stadium - ist unmittelbar gesellschaftliche Produktion: Die Aufteilung der Arbeit erfolgt nicht für den Austausch und wird nicht durch den Markt bewerkstelligt, und die Produkte der gesellschaftlichen Arbeit, die individuell verbraucht werden, sind keine Waren."<sup>4</sup>

Die These vom Sozialismus als relativ selbständiger Gesellschaftsordnung besagt demgegenüber, dass es im Sozialismus auf absehbare Zeit um die Nutzung und die Entwicklung der Ware-Geld-Beziehungen geht. Gewinn, Zins und Kredit sind keine Muttermale der alten Gesellschaft, sondern eminent wichtig, um die Produktivkräfte voranzubringen und die sozialistische Gesellschaft zu gestalten. Der Sozialismus hat eigene ökonomische Gesetze und spezifische soziale und politische Widersprüche. Die Arbeitsteilung vertieft sich. Der Sozialismus ist eine Klassengesellschaft, aber eine Klassengesellschaft ohne Ausbeuterklassen.

Ein in absehbarer Zeit möglicher Übergang zu einer Gesellschaft ohne Warenproduktion und ohne Geld ist nach allen Erfahrungen des Realsozialismus eine illusionäre Utopie, wie sie eben auch Eingang in den Marxismus fand. Dass Manche dies vehement bestreiten, zeigt, wie schwierig selbst in elementaren Fragen die Debatte um die theoretischen Schlussfolgerungen aus den Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus für die Gestaltung eines zukünftigen Sozialismus ist.

**Zweitens geht es um die gewonnenen Erkenntnisse hinsichtlich der politischen Form bzw. der politischen Struktur des Sozialismus: Etwas verkürzt formuliert: Ein Absterben des sozialistischen Staates als Apparat der öffentlichen Gewalt ist nach allen Erfahrungen nicht in Sicht. Hinsichtlich der Demokratieentwicklung wurde nicht wenig erreicht, aber ein überzeugender neuer, der bürgerlichen Demokratie überlegener Demokratietypp der "Selbstregierung des Volkes" konnte nicht geschaffen werden.**

Nach der Niederschlagung der Pariser Kommune von 1871 schrieb Karl Marx, die Kommune sei "die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte"<sup>5</sup>. Er meinte damit insbesondere "ihr eignes arbeitendes Dasein" als "Selbstregierung des Volkes", die Prinzipien und Maßnahmen einer "wohlfeilen Regierung", der Umstürzung der "ökonomischen Grundlagen", der "Unterdrückung des stehenden Heeres und seine Ersetzung durch das bewaffnete Volk", der Ablehnung, "das allgemeine Stimmrecht durch hierarchische Investitur zu ersetzen", der Umwandlung der Beamten in "Diener", die nach "Arbeitslohn" bezahlt werden und "gewählt, verantwortlich und absetzbar" sind.<sup>6</sup> Aus heutiger Sicht ist dies zweifelsohne eine Überinterpretation der Erfahrungen von 72 Tagen "Sozialismuspraxis" in einem vorwiegend von Besitzlosen, von Kleineigentümern, deren Gesellen und Arbeitern geprägtem Gemeinwesen.

Nach fast fünfzig Jahren sozialistischer Aufbau in der DDR seit der 2. Parteikonferenz der SED (und den Erfahrungen der SU und der anderen sozialistischen Länder) sind wir nicht in der Lage, eine derartige knappe positive Bilanz zu formulieren. Allenfalls können wir sagen: Nach und im Zusammenhang mit der Eigentumsfrage ist die Staats- und Demokratiefrage das wichtigste und schwierigste Problem sozialistischer Gesellschaftsgestaltung.

Die These vom sozialistischen Staat als Hauptinstrument des sozialistischen Aufbaus war nicht falsch, aber doch sehr ergänzungsbedürftig. Ein Sozialismus ohne Staat, auch wenn der abwertende Begriff des Staatssozialismus dies heute als Aufgabe suggeriert, ist nicht realisierbar. Aber es geht sehr wohl um die Frage des demokratischen Charakters dieses sozialistischen Staates und um die Begrenzung seiner "Allmacht". Die Vermutung vom sozialistischen Staat als Apparat der öffentlichen Gewalt, der im Sozialismus alsbald seinen politischen Charakter verliert und abstirbt,

wie sie Lenin in Anknüpfung an Karl Marx in "Staat und Revolution" hatte, hat sich als nicht tragfähig erwiesen. Die Prognose der Einheit von Regierenden und Regierten hatte wenig mit der Wirklichkeit des bestehenden Regierungssystems zu tun. Es gab in der DDR sehr positive Erfahrungen hinsichtlich der demokratischen Gestaltung der Staat-Bürger-Beziehungen, aber insgesamt war es mit der politischen und verfassungsrechtlichen Kontrolle der staatlichen und sonstigen politischen Bürokratie nicht zum Besten bestellt.

Zweifelsohne existierten in der SBZ/DDR geradezu dramatische Zwänge, die antifaschistisch-demokratische und sozialistische Entwicklung zu schützen. Unsere westlichen Gegner waren ja keineswegs so lieb zur und besorgt um die DDR, wie sie heute glauben machen wollen. Aber die als Reaktion auf diese Zwänge erklärbare extensive Ausweitung der staatlichen Sicherheits-, Regierungs- und Verwaltungsapparate förderte eine verhängnisvolle Tendenz zur Verstaatlichung und administrativen Gängelung der Gesellschaft und des politischen Prozesses, die in wesentlichen Punkten dem politischen Modell der Pariser Kommune widersprach. Hier genauer zu unterscheiden, inwieweit dabei zum einen Prinzipien dieses Modells unvermeidbar den bestehenden Zwängen weichen mussten und inwieweit zum anderen die sozialistische Staatenentwicklung objektiv von Herausforderungen und Widersprüchen geprägt ist, die nicht vorausgesagt werden konnten und sich innerhalb dieser "endlich entdeckte(n) politische(n) Form" nicht bewegen konnten, ist eine der schwierigsten Aufgaben einer Sozialismustheorie, die um die Verallgemeinerung der Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus im 20. Jahrhundert bemüht ist.

Entgegen den Erwartungen von 1871 und 1917 (im März 1918 sah Lenin auf dem 8. Parteitag und in seiner Schrift "Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht" die Dinge schon ganz anders) ist der sozialistische Staat kein absterbender Staat. Seine Macht und seine Aufgaben waren mit dem staatlichen Eigentum an den Produktionsmitteln sogar enorm gewachsen. Welche neuen Formen bei der Sozialismusgestaltung auch zukünftig im Sinne einer wirklichen Vergesellschaftung des Eigentums und in Richtung des Ausbaus basisdemokratischer Strukturen gefunden werden: Der Widerspruch zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und ihrem eigenen Staat hat sich als der wichtigste politische Widerspruch der sich entwickelnden sozialistischen Gesellschaft erwiesen. "Der Eigentümerstaat droht den Kommunestaat nicht nur zu ergänzen, sondern zu sprengen", schrieb Uwe-Jens Heuer 1987.<sup>7</sup> Die Lösung kann nur in einer radikalen Verstärkung des Einflusses des Volkes auf den Staat bestehen.<sup>8</sup>

In der sich entwickelnden sozialistischen Gesellschaft gibt es keine Identität der Interessen zwischen Gesellschaft und Staat, sondern neben gemeinsamen Interessen eine außerordentliche Interessenvielfalt, vielfältige Interessenwidersprüche. Die individuellen Interessen bedürfen individueller politischer Rechte. Im politischen Willensbildungsprozess der Artikulation dieser Interessen und ihrer Verdichtung zu gesamtgesellschaftlichen Interessen müssen dafür taugliche politische Formen gefunden werden. Diese Formfragen sind nicht sekundäre "formelle" Fragen, sondern im Sinne von Hegel und Marx Wesensfragen. Das im "Bürgerkrieg" von Marx konzipierte und dann von Lenin in "Staat und Revolution" weiter entwickelte Kommunemodell als Form des sozialistischen Staates, der sich in Richtung einer "Selbstregierung des Volkes" entwickelt, ist keineswegs beiseite zu schieben. Dieses Modell muss auch hinsichtlich seiner einzelnen Elemente weiterhin auf seine Realisierbarkeit geprüft werden. Die Aufgabe der Rücknahme der Staatsgewalt in die Gesellschaft bleibt eine ganz wichtige Sache. Als Rechtfertigung für einen Abschied von der

Teilung der Gewalten und auch von der gerichtlichen und politischen Machtkontrolle ist die Berufung auf das Kommunemodell allerdings untauglich.

Die Demokratiefrage ist eine eigenständige Frage und Aufgabe sozialistischer Gesellschaftsgestaltung. Sie ist nicht mit der Machtfrage identisch. Der Sozialismus, so lautet eine wichtige Schlussfolgerung aus den Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus, braucht eine eigene Demokratietheorie. Politische Macht der Arbeiterklasse schließt unvermeidlich gegebenenfalls auch diktatorische Maßnahmen ein. Aber zugleich gibt es die Gefahr von diktatorischen und autoritären Exzessen von Macht. Das sozialistische Eigentum an den Banken und wichtigsten Produktionsmitteln hatte dem sozialistischen Staat einen gewaltigen Machtzuwachs gebracht. Dieser Machtzuwachs erfordert eine neue Qualität demokratischer Kontrolle, die aber weitgehend ausblieb.

Es gibt keine reine Demokratie, aber sehr wohl einen allgemeinen Demokratiebegriff als Messlatte für das verwirklichte Maß an Demokratie. Im Sinne von Uw-Jens Heuer ist der "Inhalt der Demokratie durch die Realisierung der widersprüchlichen Interessen des Volkes, Entfaltung der Persönlichkeit, durch Einfluss auf den Staat in der Wechselwirkung von Individuum, Gesellschaft und Staat zu bestimmen." Das Maß der Demokratie wäre dann "das Maß der jeweils erreichten individuellen und kollektiven Selbstbestimmung. Demokratie geht damit vom Bestehen von Herrschafts- und Machtverhältnissen aus".<sup>9</sup>

Fazit: Wir sollten nicht unüberlegt gegen den Begriff des "demokratischen Sozialismus" (= weißer Schimmel oder so) polemisieren. Demokratieprinzip und Sozialismus verbinden sich nicht automatisch. Allerdings darf unsere Messlatte eben nicht der bürgerliche Demokratiebegriff sein, der sich vom Sinn der Demokratie als Selbstbestimmung des Volkes abgekoppelt hat und zunehmend zu einem Synonym für die Vortäuschung und Simulation von Demokratie geworden ist.

**Drittens: Notwendig ist eine Theorie der Politik hinsichtlich der Sozialismusgestaltung. Es geht dabei um die besonderen Tendenzen des Politischen in einer sozialistischen Gesellschaft, um eine entsprechende Dialektik von Basis und Überbau und auch (sogar im besonderen Maße) um die Dialektik des Überbaus selbst. Im Übrigen gibt es zahlreiche Erkenntnisse im Zusammenhang mit dem sozialistischen Aufbau hinsichtlich wichtiger Politikfelder.**

Die gewachsene Rolle des Staates und der Politik in einer Gesellschaft, in der die Dominanz des kapitalistischen Eigentums aufgehoben ist, ist offenbar verbunden mit der Gefahr enormer ökonomischer und sozialer Fehlentwicklungen als Folge von falschen politischen Entscheidungen.

Die ökonomischen Widersprüche im Sozialismus können "nur zum Teil auf rein ökonomische Weise bewältigt werden. ... Im Übrigen müssen sie mit Hilfe des Überbaus ausgetragen und gelöst werden und erhalten damit eine Form, innerhalb derer sie sich bewegen können."<sup>10</sup> Untaugliche politische Formen, politische Fehlentscheidungen oder falsche Politik durch die Verweigerung von im Verlaufe des sozialistischen Aufbaus notwendig gewordenen Reformen hatten, wie wir erfahren mussten, verhängnisvolle politische Folgen.

Staat und Politik müssen im sich entwickelnden Sozialismus in der Lage sein, die Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklung zu sichern. Auch im Sozialismus gibt es politische Spontaneität, die als Keimform von Bewusstheit (und

nicht als Gegensatz) produktiv gemacht werden muss. Niederhaltung von Spontaneität dieser Art ist falsch und gefährlich. Um sie fruchtbar zu machen, bedarf es auch in dieser Hinsicht geeigneter politisch-rechtlicher Formen für ihre Entfaltung, wobei unter den Bedingungen weiterer Ausbruchsversuche aus dem kapitalistischen Weltsystem das Problem bleiben wird, dass die mit umfangreichen ideologischen und politischen Apparaten ausgestatteten Gegner des Sozialismus "spontanen Widerstand" als Ansatz für einen "Regimewechsel" organisieren werden. Demokratie in der sozialistischen Gesellschaft ist ganz wesentlich Bewegung- und Entwicklungsform der gesellschaftlichen Widersprüche, aber sie kann insofern auch zur Auflösungsform dieser Gesellschaft werden.

Der politische Entscheidungsprozess im Sozialismus hat es immer mit der Entscheidung im Rahmen bestimmter Möglichkeitsfelder zu tun. Die Erfahrungen auch der DDR haben erkennen lassen, dass es mit Berufspolitikern im Sozialismus Probleme gibt. Im Kommunemodell von Marx waren sie ja auch so gar nicht vorgesehen.

Dass man zu diesem Modell insgesamt zurückkehren kann, sehe ich nicht. Wenn nicht, muss beachtet werden: Wer sich im System der Politik betätigt – auch offenbar, wer das im Sozialismus tut – ist seinen Gesetzen unterworfen. Dazu gehört, wie Uwe-Jens es formulierte, dass für den Politiker "immer stärker die Grenze zwischen den Interessen, denen er dienen will und seinem Interesse am Erhalt und Ausbau der eigenen Macht" schwimmt.<sup>11</sup>

Die optimale politische Entscheidung im Rahmen bestimmter Möglichkeitsfelder, die Zurückdrängung von Machtmissbrauch und politischem Dilettantismus bedarf einer anderen Qualität sozialistischer Demokratie, als wir sie hatten. Grundlegende Entscheidungen müssen im Ergebnis sowohl eines wissenschaftlichen als eines politischen Diskurses von "dem assoziierten Verstand der Massen" selbst getroffen werden, auch zum Beispiel als Entscheidungen über Alternativen mittels Volksabstimmungen.

Ein bisher leider allzu wenig bearbeitetes Thema sind die Erkenntnisse des sozialistischen Aufbaus in Bezug auf bestimmte Politikfelder. Gerade in diesem Zusammenhang gibt es auf einer Reihe von Gebieten eine Erfolgsbilanz. Das trifft auf die Sozialpolitik, auf die Bildungspolitik und die Gesundheitspolitik zu. Eine der großen Leistungen der DDR war die Brechung des Bildungsprivilegs. Ab Ende der fünfziger Jahre gab es in zunehmendem Maße eine kluge Kirchenpolitik. Positiv hervorzuheben ist die Landwirtschaftspolitik. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften fanden als Gemeinschaften sozialistischer Produzenten überwiegend Anerkennung und Zustimmung, ebenso das Arbeitsrecht und die Entwicklung der Staat-Bürger-Beziehungen nach der Staatsratserklärung vom 4. Oktober 1960. Weniger überzeugend war die DDR in der Umweltpolitik, auch dann, wenn man um die in diesem Zusammenhang wirkenden ökonomischen Zwänge weiß.

Ein Problem, das nicht überzeugend gelöst wurde, war die Verfestigung der sozialen Strukturen seit Ende der sechziger Jahre. Überwiegend die Kinder von Ärzten wurden wieder Ärzte. Die Intelligenz begann, sich aus sich selbst zu reproduzieren. Politische Funktionsträger erlangten für ihre Kinder oft Bildungsvorteile. Ende der sechziger Jahre im Rahmen der Verfassungsdiskussion wurde dieses Problem durchaus benannt. Es wurde auch gegengesteuert. Aber eine Umkehrung dieses Trends konnte nicht erreicht werden.



**Viertens: In der Wirtschaft und bei der Gestaltung eines dem Kapitalismus überlegenen ökonomischen Systems des Sozialismus gab es beachtenswerte Erfolge und im Zusammenhang mit dem NÖS eine wissenschaftliche und gesellschaftliche Debatte auf hohem Niveau, umfangreiche Reformbestrebungen und Experimente. Seit Mitte der siebziger Jahre und mit der Abkehr vom NÖS ließ die wirtschaftliche Dynamik nach. Der Dauermangel, das heißt das Zurückbleiben des Gesamtangebots an Gütern und Leistungen hinter der zahlungsfähigen Gesamtnachfrage, konnte nie wirklich überwunden werden.**

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Leistungskraft lag die DDR nach Schätzungen westlicher Banken seit den siebziger Jahren an 10. Stelle der Industrienationen. Im Durchschnitt stieg das Bruttoinlandsprodukt der DDR von 1951 bis 1989 um 4,5 Prozent. 1950 lag das Verhältnis BIP/pro Kopf der Bevölkerung der DDR gegenüber der Bundesrepublik bei 19,3 zu 100 – 1989 bei 42,9 zu 100.<sup>12</sup>

Außerordentliche ökonomische Belastungen verhinderten, dass die wirtschaftliche Leistungssteigerung direkt und hauptsächlich ihren Ausdruck im wachsenden Volkswohlstand finden konnte. Allein für Reparationen, Besatzungskosten, Uranerzbergbau sowie Bewaffnung und Technik im Rahmen der Verteidigung musste die DDR etwa 150 Mrd. Mark verwenden.<sup>13</sup>

Neben Ungarn war es vor allem die DDR unter Walter Ulbricht, die ab 1963 mit dem NÖS sehr grundlegende Wirtschaftsreformen in Gang setzte. Ausgangspunkte und Ziele waren die Förderung des materiellen Eigeninteresses der Betriebe, also der Eigenerwirtschaftung ihrer Mittel, insgesamt die Verbindung von Demokratie und Plan, die weitere Vergesellschaftung des sozialistischen Eigentums durch tatsächliche Aneignung entsprechend dem Grundsatz: "Die Produzenten, die Eigentümer der Produktionsmittel werden sich nur als Eigentümer verhalten, wenn sie tatsächlich Eigentümer sind." (Uwe-Jens Heuer)

Von 1962 bis 1966, in fünf Jahren, Jahren, erhöhte sich die Industrieproduktion der DDR um 25 Prozent, im Bereich der Mess-, Steuer- und Regelungstechnik um 85 Prozent. Es gab ökonomische Experimente in Groß- und Mittelbetrieben, die sehr erfolgversprechend waren. In der Phase der Einführung des NÖS (1966 bis 1970) lag die Steigerung des BIP bei 5 Prozent (nach anderen Zahlen bei 5,5 Prozent); 1986 bis 1989 lag sie nur noch bei 2,1 Prozent.

In einer sehr lesenswerten Schrift schreibt Harry Nick, dass es das NÖS im Sinne des Prinzips der "Eigenerwirtschaftung der Betriebe" nie wirklich gegeben hat, weil das mit dem bestehenden politischen System, in dem über 80 Prozent der Investitionsmittel zentral entschieden wurde, nicht vereinbar war. Mit der Einführung des NÖS hätte die politische Führung im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtstrategie lediglich noch über 20 Prozent entschieden.<sup>14</sup> Maßgebende Politiker der SED und der KPdSU hatten mit einer derartigen Reform augenscheinlich nichts am Hut.

Harry Nick schreibt auch, dass er mit der Auffassung, Kernstück des NÖS sei die relative Eigenständigkeit der materiellen Interessen der Betriebe, soweit er das übersehe, "allein geblieben" sei.<sup>15</sup> Dem war aber offensichtlich nicht so. In Artikel 41 der Verfassung der DDR von 1968 werden die sozialistischen Betriebe immerhin als Gemeinschaften definiert, "in denen die Bürger arbeiten und ihre gesellschaftlichen Verhältnisse gestalten". Im Kommentar dazu heißt es

dann unmissverständlich, dass der sozialistische Betrieb als Kollektiv von Werktätigen und als Wirtschaftseinheit im Rahmen und zur Verwirklichung der volkswirtschaftlichen Gesamtstrategie "eigenverantwortlich ihre Geschäftstätigkeit als sozialistischer Warenproduzent ausarbeitet und realisiert und die Mittel zur erweiterten Reproduktion selbst erwirtschaftet".<sup>16</sup> Artikel 41 und der Kommentar dazu stammen von Uw-Jens Heuer und wurden natürlich von Walter Ulbricht gebilligt, der aber schon Ende der sechziger Jahre nicht mehr die Kraft hatte, dieses Prinzip wirklich durchzusetzen.

Auf jeden Fall ist Harry Nick im Grundsatz zuzustimmen: "Es ist ein Jammer, dass es praktische Erfahrungen über ein Wirtschaftssystem von der Art des NÖS nicht gibt."<sup>17</sup> Gefragt werden muss allerdings, ob nicht doch in den Debatten der sechziger Jahre und in den damaligen praktischen Experimenten zumindest Ansätze für derartige Erfahrungen gemacht wurden. Vieles spricht dafür, dass die DDR mit dem NÖS ein tragfähiges Konzept zur Beantwortung der Frage entwickelt hatte: Wie soll ein taugliches ökonomisches System des sich entwickelnden Sozialismus aussehen? Eine unmittelbare Superlösung ergibt sich daraus sicherlich nicht, aber womöglich der taugliche Ansatz für eine solche Lösung. Ohne ein funktionsfähiges ökonomisches System scheiterte der sozialistische Aufbau in der DDR letztlich an mangelnder Konkurrenzfähigkeit mit den kapitalistischen Industriestaaten. Und ohne ein solches System wird es der Sozialismus im 21. Jahrhundert sehr schwer haben.

#### **Anmerkungen**

1 U.-J. Heuer, Im Streit, Baden-Baden 2002, S. 103.

2 Vgl. Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer, 1927 bis 2011, Rechtswissenschaftler und Sozialist, Eine Gedenkschrift, herausgegeben von Ekkehard Lieberam und Jochen Traut, Bergkamen 2012.

3 U.-J. Heuer, Vorwort, Marxismus und Demokratie, 2. Auflage, Baden-Baden 1990, S. VI.

4 Vgl. Thesen über den Sozialismus, angenommen auf dem 18. Parteitag der KKE, 18. - 22. Februar 2009, veröffentlicht in Auszügen in: Kontroverse um Sozialismuserfahrungen, mit Beiträgen von Ingo Wagner und Ekkehard Lieberam, Marxistisches Forum, Heft 61, Januar 2010, S.8 ff.

5 K. Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW, Band 17, Berlin 1979, S. 342.

6 Vgl. ebenda, S. 338 ff.

7 U.-J. Heuer, Demokratie, Ökonomie und Recht in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, Thesen, 22. November 1987, These 11.

8 Vgl. U.-J. Heuer, Marxismus und Demokratie, a.a.O., S. XII f.

9 U.-J. Heuer, Marxismus und Demokratie in der Geschichte des Sozialismus, Z., Nr. 30, Juni 1997, S. 106.

10 U.-J. Heuer, Rolle des Überbaus am Beispiel von Rechtsnormen, Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 5/1980, S. 578.

11 U.-J. Heuer, Marxismus und Politik, Hamburg 2004, S. 12.

12 Vgl. K. Mai, Ökonomische Verluste und Belastungen Ostdeutschlands bis zur Vereinigung (1945 - 1989), Z., Nr. 90, Juni 2012, S. 170 und K. Blessing, Erfahrungen und Lehren aus der Niederlage des Sozialismus in der DDR, Teil Ökonomie, Thesen, März 2009, Anlage 2.

13 Vgl. K. Mai, a.a.O., S. 169.

14 H. Nick, Ökonomiedebatten in der DDR, Schkeuditz 2011, S. 58 f.

15 Ebenda, S. 49.

16 Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, Dokumente/Kommentar, Band 2, Berlin 1969, S. 185.

17 H. Nick, a.a.O., S. 59.

Dr. Kurt Laser

### **Eine amputierte Betrachtung der 2. Parteikonferenz der SED**

Wenn man heute etwas über die 2. Parteikonferenz der SED liest, spielt in der Regel nur der Abschnitt II des Beschlusses eine Rolle, so auch in der Einschätzung durch das Haus der Geschichte in Bonn. Dort wird festgestellt, dass auf der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 "eine wichtige Weichenstellung für die weitere Entwicklung der DDR erfolgte. Vor 1565 Delegierten verkündete Walter Ulbricht den Beschluss des Politbüros des ZK der SED, dass der Sozialismus planmäßig aufgebaut werde." Durch die beabsichtigten Veränderungen sollte die DDR noch stärker an die Sowjetunion angegliedert werden. "Der einstimmig gefasste Beschluss zum Aufbau des Sozialismus berührte die ganze Gesellschaft der DDR. Die 2. Parteikonferenz markiert das Ende der antifaschistisch-demokratischen Phase in der DDR, die sich nun als Volksdemokratie versteht. Der Beschluss zum Aufbau des Sozialismus war zuvor vom Politbüro der SED Stalin vorgelegt und von diesem am 8. Juli gebilligt worden. Entgegen sonstiger Gewohnheit nimmt jedoch keine Delegation der KPdSU an der 2. Parteikonferenz teil, und ihre Beschlüsse werden in der sowjetischen Presse totgeschwiegen. ... Mit der 2. Parteikonferenz reagiert die SED auf die sehr schwierige ökonomische und soziale Situation der DDR. Die Staatsfinanzen sind durch die wachsenden Militärausgaben und Reparationsleistungen an die UdSSR stark angespannt. Der übereilte Aufbau einer Schwerindustrie hat zu Versorgungsengpässen bei der Bevölkerung geführt. Mit der noch stärkeren Anpassung der DDR an das System des Stalinismus will die SED diese Probleme lösen."<sup>1</sup>

Den Aufbau der Schwerindustrie in der DDR halte ich keineswegs für übereilt. Es war eine dringende Notwendigkeit, angesichts der Spaltung die Überlebensfähigkeit des Landes zu sichern.

Im Beschluss der 2. Parteikonferenz der SED "Zur gegenwärtigen Lage und zu den Aufgaben im Kampf für Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus" heißt es im Abschnitt II unter anderem: "Die politischen und ökonomischen Bedingungen sowie das Bewusstsein der Werktätigen sind soweit entwickelt, dass der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe in der Deutschen Demokratischen Republik geworden ist. Das deutsche Volk, aus dem die bedeutenden deutschen Wissenschaftler Karl Marx und Friedrich Engels, die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus hervorgegangen sind, wird unter der Führung der Arbeiterklasse die großen Ideen des Sozialismus verwirklichen."<sup>2</sup> Wenn man will, kann man heute natürlich daran zweifeln, dass damals die politischen und die ökonomischen Bedingungen sowie das Bewusstsein der Werktätigen so weit entwickelt waren, wie das hier beschrieben

wurde. Es ist in dem Beschluss auch nicht die Rede davon, dass zunächst die Grundlagen des Sozialismus errichtet werden sollten, wie später häufig von uns formuliert wurde.

Ich war einigermaßen erstaunt, im Beschluss zu lesen, dass das Ziel der sozialistischen Wirtschaftspolitik "die Verwirklichung des von Genossen Stalin formulierten Grundgesetzes" war: "Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft durch ununterbrochenes Wachstum und ständige Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik."<sup>3</sup>

Das unterscheidet sich nicht wesentlich von der später auf dem VIII. Parteitag der SED 1971 formulierten Hauptaufgabe. Beide Aufgabenstellungen halte ich auch heute noch nicht für grundsätzlich falsch. Allerdings müssen dafür dann natürlich auch die notwendigen ökonomischen Voraussetzungen vorhanden sein. Dass ein ununterbrochenes Wachstum der Produktion nicht das Ziel sein kann, ist eine spätere Erkenntnis.

Ich halte ja nicht viel von der Auffassung, dass aus der Geschichte tatsächlich Lehren gezogen werden. Doch auf jeden Fall ist mehr aus dem vergangenen realen Sozialismus zu übernehmen, als mancher heute glauben möchte. Gregor Gysi sagte in seiner Rede auf dem Göttinger Parteitag der LINKEN: "1989/90 scheiterte der Staatssozialismus, und wie er war zu Recht. Die Menschheit wollte ihn nicht als Alternative zum Kapitalismus."<sup>4</sup> Tatsächlich ist der Sozialismusversuch in der DDR, in anderen Ländern Europas und in der Mongolischen Volksrepublik von einer großen Mehrheit der Bevölkerung abgewählt worden. Aber das ist doch noch nicht die Menschheit. Ohne dass ich jetzt eine Diskussion darüber heraufbeschwören will, ob es sich in China um Sozialismus handelt oder nicht, ist das mit der ganzen Menschheit zumindest stark übertrieben. Die Behauptung, dass diese Gesellschaftsordnung zu Recht untergegangen ist, unterstellt, dass es keine Möglichkeiten einer Reform mehr gegeben hätte. Wenn aber die Tschechen und Slowaken 1968 einen "Sozialismus mit menschlichem Antlitz" haben wollten, warum haben sie dieses Ziel dann nicht 1989 verwirklicht? Da war es zu spät dafür, ist eine mehr als billige Ausrede.

Ob es gelingen wird, durch Überwindung des kapitalistischen Ausbeutungssystems eine andere Gesellschaftsordnung zu schaffen und so die Menschheit vor dem Untergang zu retten, ist zweifelhaft. Ohne grundlegende Veränderung der Eigentumsverhältnisse wird das allerdings nicht gelingen. Die Kapitalisten werden auch nie freiwillig auf ihre Privilegien verzichten. 1989/90 waren Konzerne und private Großbanken Staatseigentum und die Großgrundbesitzer entmachtet. Damit waren doch grundlegende Voraussetzungen für eine Entwicklung hin zum Sozialismus gegeben. Dazu gehört auch die Organisation der landwirtschaftlichen Produktion, wie sie auf der 2. Parteikonferenz der SED beschlossen wurde. Während die Arbeiter der DDR nach dem Motto "Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber" faktisch kampflös das Gemeinschaftseigentum westdeutschen Banken und Konzernen auslieferten, statt es als Eigentümer zu übernehmen, hatten die neuen Herrschenden in der Landwirtschaft bekanntlich größere Schwierigkeiten, den Genossenschaftsgedanken zu überwinden. Das ist eine direkte Lehre aus der 2. Parteikonferenz. Sie forderte, "den Landarbeitern und werktätigen Bauern, die sich auf völlig freiwilliger Grundlage zu Produktionsgenossenschaften zusammenschließen, ... die notwendige Unterstützung zu gewähren und dadurch zugleich das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern zu festigen". Nun wurde sicher bei der "Freiwilligkeit" in der Folgezeit nachgeholfen, und es gab Widerstände. Doch nach Überwindung massiver Schwierigkeiten entwickelte sich die Landwirtschaft der DDR erfolgreich, wenn auch nicht problemlos.

Selbstverständlich wird in der Einschätzung des Hauses der Geschichte hervorgehoben, dass die 2. Parteikonferenz die Aufstellung bewaffneter Streitkräfte beschloss. Das ist aber auch fast das einzige, was vom Abschnitt I des Beschlusses übernommen wurde. Dort hieß es: "Die Sicherung des Friedens, des demokratischen Fortschritts und des sozialistischen Aufbaus der Deutschen Demokratischen Republik und in Berlin gegenüber Aggressionsakten vom Westen erfordert die Festigung und Verteidigung der Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik, die Stärkung der demokratischen Volksmacht, der demokratischen Ordnung und Gesetzlichkeit, die Organisation bewaffneter Streitkräfte, die mit der neuesten Technik ausgerüstet sind, die Errungenschaften der Werktätigen vor einem imperialistischen Angriff zu schützen."<sup>5</sup> Begründet wurde diese Entscheidung auch mit der Stalinschen These, dass die Verschärfung des Klassenkampfes unvermeidlich ist, und die Werktätigen den Widerstand der feindlichen Kräfte brechen müssen.

Nun kann man sicher unterschiedlicher Meinung sein, ob zu diesem Zeitpunkt eine unmittelbare Aggression bevorstand, zumal die Sowjetunion das US-amerikanische Atomwaffenmonopol gebrochen hatte. Aber das galt für Europa. In anderen Teilen der Welt sah es schon anders aus. So schätzte die 2. Parteikonferenz ein: "Die Welt ist in zwei Lager gespalten, in das Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus", als deren Zentrum die Sowjetunion, "mit dem Führer der Völker, dem großen Stalin an der Spitze" betrachtet wurde. Die USA wurden als das Zentrum der Kriegshetze, der reaktionären und ausbeuterischen Elemente in der Welt angesehen. Tatsächlich haben die Politiker der USA ja nicht nur zum Krieg gehetzt, sondern auch Kriege geführt. Die Blutspur der US-amerikanischen Weltherrschaftspläne zieht sich über den Korea-Krieg, den Versuch, Vietnam in die Steinzeit zurück zu bomben, bis zu den heutigen Aggressionskriegen gegen den Irak und Afghanistan hin. "Im Lager des Imperialismus herrschen Zerfall und Fäulnis",<sup>6</sup> hieß es dann weiter im Abschnitt I des Beschlusses der 2. Parteikonferenz der SED. Das traf für 1952 so sicher noch nicht voll zu. Aber 2012, 60 Jahre später, sieht es schon ganz anders aus. Die SED erklärte: "In Deutschland ist die zentrale Frage der Kampf um einen Friedensvertrag und um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands."<sup>7</sup> Das Festhalten an der Einheit Deutschlands in dieser Zeit passt verständlicherweise nicht in das Klischee heutiger Geschichtsdarstellungen.

In gewisser Weise wurde leider von der SED die Politik der KPD gegenüber der SPD in der Weimarer Republik wieder aufgenommen. Es wurde zur Schaffung der Aktionseinheit der kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter aufgerufen, zugleich aber der "entschiedene Kampf gegen die rechten sozialdemokratischen Führer und Gewerkschaftsführer gefordert, die den Feinden der deutschen Nation Hilfsdienste leisten, indem sie gegen die Aktionseinheit auftreten, die Forderungen der deutschen Imperialisten unterstützen, die Massen durch demagogische Manöver vom Kampf abzuhalten versuchen und damit zugleich die Ausbeutung der Arbeiter und Werktätigen durch die ausländischen und westdeutschen Monopolherren zu unterstützen".<sup>8</sup> Doch bei der damaligen SPD handelte es sich noch nicht um die aus der Zeit der Schröder-Regierung, die die erstmalige Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an Aggressionskriegen und den bis dahin schlimmsten sozialen Kahlschlag in der Geschichte der BRD zu verantworten hat.

Auch der Satz im Beschluss der 2. Parteikonferenz "Der Sturz des Bonner Vasallenregimes ist die Voraussetzung für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands" war unrealistisch und reines Wunschdenken. Einmal gab es in der BRD keinerlei Anzeichen für eine Unterstützung dieser Forderung, zum anderen handelte es sich keineswegs um einen

Vasallenstaat. Schon die Adenauer-Regierung unternahm eine Reihe von Schritten zum Erreichen der Souveränität. Am 25. Mai 1952 unterzeichnete der Bundeskanzler den General- oder Deutschlandvertrag über die Beziehungen der BRD zu den westlichen Besatzungsmächten, im Beschluss der 2. Parteikonferenz als Generalkriegsvertrag bezeichnet. Er trat an die Stelle des Besatzungsstatuts. Allerdings behielten sich die USA, Großbritannien und Frankreich bestimmte Rechte vor, so zur inneren Sicherheit und das Einspruchsrecht in Fragen der Wiedervereinigung. Doch die französische Nationalversammlung ratifizierte das Abkommen bekanntlich nicht, und an seine Stelle traten am 23. Oktober 1954 die Pariser Verträge. Ich bin davon überzeugt, dass es in den fünfziger Jahren die Möglichkeit einer österreichischen Lösung für Deutschland gegeben hat. Der Entwurf eines Friedensvertrages, den die sowjetische Regierung am 10. März 1952 unterbreitete, sah die Wiedervereinigung Deutschlands als einheitlicher Staat in den im Potsdamer Abkommen festgelegten Grenzen vor. Die Sowjetunion schlug als ersten Schritt eine gesamtdeutsche Regierung vor, die den Friedensvertrag unterzeichnen sollte. Die Westmächte wollten zuerst freie Wahlen unter internationaler Kontrolle. Doch da es nach dem sowjetischen Vorschlag dem deutschen Volk überlassen worden wäre, über die ökonomische und soziale Struktur des wiedervereinigten Deutschland zu entscheiden, kann als sicher angenommen werden, dass sich eine Mehrheit für die kapitalistische Gesellschaftsordnung entschieden hätte. Nationale Verteidigungskräfte wären nach dem Vorschlag erlaubt gewesen. Deutschland hätte sich aber an keinen militärischen Paktsystemen oder Bündnissen beteiligen dürfen, die gegen andere Staaten gerichtet waren. Es müsse neutral und friedliebend sein. Das hätte für längere Zeit eine wesentliche Beschränkung des deutschen Militärpotenzials gegeben. Das wollten führende Kräfte im Westen aber nicht.

### **Anmerkungen**

1 [http://www.ddr.de/Das geteilte Deutschland/Jahre des Aufbaus in Ostdeutschland](http://www.ddr.de/Das_geteilte_Deutschland/Jahre_des_Aufbaus_in_Ostdeutschland).

2 Beschluss "Zur gegenwärtigen Lage und zu den Aufgaben im Kampf um Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus", angenommen auf der 2. Parteikonferenz der SED, 9. - 12. Juli 1952, in: Dokumente zur Geschichte der SED, Band 2, 1945 bis 1971, Berlin 1986, S. 171.

3 Ebenda, S. 173.

4 Vereinigung nicht erreicht. Rede von Gregor Gysi, in: Neues Deutschland vom 4. Juni 2012, S. 4.

5 Beschluss zur gegenwärtigen Lage, S. 170 f.

6 Ebenda, S. 168.

7 Ebenda, S. 169.

8 Ebenda, S. 170.

## Militärpolitische Akzente des Kalten Krieges und sein deutscher Schauplatz (II)<sup>1</sup>

### Zu den Streitkräften auf den Territorien beider deutscher Staaten

Die BRD und die DDR waren im Zentrum Mitteleuropas und des europäischen Konfliktfeldes unmittelbare Nachbarn. Sie nahmen die Position von Brückenköpfen ein, über die sie mit ihren Bündnispartnern die Begegnung oder Antwort auf die aggressiven Handlungen lagebedingt in die Welt der gemeinsamen Gegner und Feinde hinein vollziehen konnten. Die Ressourcen und militärischen Potenziale beider Staaten sowie wichtige ihrer Verbündeten trennten nur die Staatsgrenze zwischen ihnen. Daher hatten die Grenzregime nicht nur Aufsicht, sondern Sicherung zu gewährleisten. Das nahmen beide deutsche Staaten mit unterschiedlicher Intensität und Effektivität wahr.

Im Falle einer militärischen Auseinandersetzung zwischen den Blöcken wären Ressourcen und Potenziale Zielobjekte von Vernichtungsmitteln und Handlungsziele der Truppen und Kräfte in ihren ersten Operationen geworden. Das ist besonders wegen der wachsenden Reichweite der Feuermittel das Schicksal der nächstliegenden Kampfgebiete in der Anfangsperiode eines Krieges. Eine volle Entfaltung der Streitkräftegruppierungen im Friedensregime schlossen beide Seiten aus. Wäre das eingetreten, hätte es das Leben der Bürger beider deutscher Staaten vergällt und die Staatshaushalte überfordert. Daher entwickelten beide Militärblöcke die Theorie und Praxis der strategischen Entfaltung, mit der in einer besonderen Periode die Endkonfiguration der strategischen Gruppierungen der NATO und des Warschauer Vertrages geschaffen werden sollte. Die Pläne der strategischen Entfaltung gehörten zu den wichtigsten das Militär betreffenden Staatsgeheimnissen. Die Generalstäbe beider Seiten unternahmen große Anstrengungen, um hinter ihre Geheimnisse zu kommen. Dabei konnte man sich täuschen. Es war aber eher verzeihbar, dass der Gegner überschätzt, als dass er unterschätzt wurde. Am besten war es, seine Bestände, Strukturen und Absichten zuverlässig und unzweifelhaft zu bestimmen.

Die Initiative ergriff wie in allen Hauptfragen der Vorbereitung von Kriegshandlungen die NATO. Erst sechs Jahre nach deren Gründung begann sich der Warschauer Vertrag in diesen Fragen zu engagieren. Die NATO konfigurierte auf dem Territorium der BRD die 1. operative Staffel der 1. strategischen Staffel der strategischen Gruppierung der NATO-Streitkräfte auf ihrem Zentraleuropäischen Kriegsschauplatz. Diese 1. operative Staffel bildeten:

- das Jütländische Armeekorps des NATO-Kommandos Ostseeausgänge,
- die NATO-Armeegruppe Nord des NATO-Kommandos Zentraleuropa und
- die NATO-Armeegruppe Mitte des NATO-Kommandos Zentraleuropa.

In den ersten Jahren ihrer Existenz wollte die NATO alle 30 km an den Staatsgrenzen der BRD zur DDR und CSSR eine Felddivision haben. Das hätte, gemessen am realen Verlauf der Staatsgrenzen, 60 Divisionen und, ausgehend von militärtopographisch-taktischen Gesichtspunkten, 40 Divisionen erfordert. Dieser Aufwand wurde nicht erbracht. Die im Friedensregime im Vergleich zum Ausgangsmodell fehlenden Verbände wurden durch Kernwaffen kompensiert.

In der ständigen Gefechtsbereitschaft befanden sich aus dem Bestand der in der BRD dislozierten verbündeten Truppen:

- 25 Divisionen, darunter 14 Panzerdivisionen (einschließlich von 3 im Grenzgebiet beider Staaten untergebrachten französischen)
- 6800 mittlere Panzer
- rund 1500 Kampfflugzeuge sowie
- 70 Kampfschiffe und -boote.

Dieses Potenzial bedurfte für den Versuch der Einverleibung der DDR einer Verdoppelung bzw. Verdreifachung. Im Ergebnis der strategischen Entfaltung wären zusätzlich aus Übersee und benachbarten Territorien herangeführt oder vor Ort neu aufgestellt worden:

- 36 Divisionen (also insgesamt auf dem Territorium der BRD: 61)
- 6200 mittlere Panzer (insgesamt 13 000)
- 1300 Kampfflugzeuge (insgesamt rund 3000)
- 170 Kampfschiffe und -boote (insgesamt 240).

Mit diesem Potenzial der 1. operativen Staffel der NATO in Zentraleuropa bestanden für sie Erfolgschancen.

Die Abwehr- und Handlungsmöglichkeiten der sowjetischen und NVA-Truppen auf dem Territorium der DDR erreichten nicht den Kräfteansatz in der BRD. Diese Einschätzung bleibt zutreffend, selbst wenn die NATO nur zwei Drittel der Truppen, Kräfte und Mittel der 1. operativen Staffel gegen die DDR zum Einsatz gebracht hätte. Das wären dann 42 der 61 Divisionen und 2000 der 3000 Kampfflugzeuge gewesen. Die GSSD und die NVA unterhielten auf dem Territorium der DDR in der ständigen Gefechtsbereitschaft:

- 24 Divisionen, darunter 10 Panzerdivisionen
- 8000 mittlere Panzer
- 1100 Kampfflugzeuge
- 72 Kampfschiffe und -boote der Volksmarine

Im Ergebnis der strategischen Entfaltung wäre

- die Zahl der Divisionen um 5 auf 29 angestiegen,
- die Zahl der mittleren Panzer um 1000 auf 9000 angewachsen.

Für die wahrzunehmenden Abwehraufgaben hätte dieses Potenzial den militärischen Schutz gegen einen mehr als zweifach überlegenen Gegner gewährleisten können.

### **Zu den Gründen der neuen Militärdoktrin des Warschauer Vertrages seit 1987**

1941 bis 1942 schlug die Militärmaschine Hitlers eine große Bresche in die Aufstellung der 1. strategischen Staffel der Roten Armee. Die Ereignisse in der Anfangsperiode des Krieges hätten einen noch tragischeren Verlauf nehmen können, wenn die Kampfwege der Wehrmacht nach Moskau und Leningrad 250 bis 300 km kürzer gewesen wären. Die Festlegungen des Zusatzprotokolls des Nichtangriffspaktes verhinderten das. Beide historischen Hauptstädte hätten in einem anderen Falle sicher aufgegeben und der Durchbruch auf breiter Front zur Wolga hingenommen werden müssen. Nur 5 bis 6 Jahre später kam das sowjetische Vor- und strategische Sicherungsfeld wieder ins Gespräch und auf die



strategischen Pläne der USA und des Westens. Dieses Mal nicht als "verabscheuungswürdiges Dickicht- und Distelfeld", sondern als "eiserner Vorhang", der überwunden werden sollte.

Es erhob sich die grundsätzliche Frage nach der Methode und Form der effektivsten Begegnung dieser Absichten und Pläne. Die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges, besonders des Großen Vaterländischen Krieges, halfen, Antwort auf diese Frage zu geben. Für die Suche der unter allen Bedingungen effektivsten Form der Abwehr brauchten die Militärtheoretiker in ihren Akademien sowie die Befehlshaber, Kommandeure, Stäbe und Truppen auf den Übungs-, Schieß- und Erprobungsplätzen die Zeit bis zum Jahre 1987.

Zwischenantworten und die abschließende Antwort können in folgender Reihenfolge systematisiert werden:

1. Das wirksamste Verfahren der Verteidigung ist der Angriff.
2. Nach den Verteidigungsschlachten in der Grenzzone muss die nicht parierbare Gegenoffensive zur Wiederherstellung der Ausgangslage an den Staatsgrenzen und zur Schaffung der Voraussetzungen für den Übergang zum allgemeinen Angriff führen.
3. Der Aggressor kann in kürzester Zeit durch konzentrierte Begegnungsschläge erheblich geschwächt und unserem Willen unterworfen werden.
4. Die zweckmäßige Kombination von Verteidigung und Angriff hat große Erfolgchancen bei der Abwehr des Aggressors, wenn eine hartnäckige Verteidigung den Gegner in seinen Hauptschlagrichtungen stoppt und eigene Schläge in deren offene Flanken den Erfolg krönen.

Abschließende Antwort: Die Struktur der Kampfhandlungen zur Abwehr der Aggression hat von präzisierten Beziehungen zwischen Verteidigung und Angriff auszugehen: Verteidigungsoperationen sind die Grundform der Kampfhandlungen zu Beginn des Überfalls des Gegners, Gegenoffensivoperationen sind die Grundform des Angriffs in der Anfangsperiode des Krieges.

Dieser Erkenntnisweg hat die Grundlagen der Theorie und Praxis des bewaffneten Kampfes nicht unerheblich berührt. Das Verständnis und die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Angriff und Verteidigung unterlagen einer tiefgreifenden Korrektur. Die Verteidigung wird schon immer als Kombination von Verteidigungs- und Angriffshandlungen, der Angriff als Kombination von Angriffs- und Verteidigungshandlungen angesehen. Der dominanter Anteil dieser oder jener Handlungsform prägte die beiden Kategorien. Die Erfahrungen fanden größere Relativierung. Es musste und durfte nicht mehr verbindlich bleiben, dass der bewaffnete Kampf zwischen Staaten ausschließlich Angriffscharakter tragen muss, wie das im ganzen 20. Jahrhundert, selbst beim polnischen Kriegsplan 1939, der Fall war. Es bleibt unbestritten, dass nur der Angriff die Potenziale des Gegners außer Gefecht zu setzen und die Verteidigung den Gegner im besten Falle zu schwächen vermag.

Unter den Bedingungen einsatzfähiger Massenvernichtungsmittel, die die Existenz der Natur und der menschlichen Zivilisation in Frage stellen können, müssen sich Handlungsmethoden und -formen auf Schärfe und Ausmaße beschränken, die den Gegner nicht zum Einsatz der Massenvernichtungswaffen provozieren. Unter solchen Gesichtspunkten haben die Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages 1987 die Realisierung der neuen Militärdoktrin und -strategie in Angriff genommen.

Es bereitete ihnen in ihrem harten Soldatenleben aber auch ein Vergnügen, dem potenziellen Gegner mit der Verteidigungskonzeption nahezu einen strategischen Streich zu spielen. Die USA und die NATO sahen sich potenziell in einer sehr nachteiligen Lage, wenn die mechanisierten und Panzertruppen der UdSSR und ihrer Verbündeten zum Vollzug ihrer vom Westen angenommenen Expansionsabsichten gegen ihn aufgebrochen wären. Auf die BRD wäre dann eine nicht überschaubare Lawine von Gefechtsfahrzeugen, unter ihnen 70 % bewegliche, meistens gepanzerte, gestoßen. Zu ihrer Abwehr hatten USA und NATO Aufklärungs-Schlag- und AufklärungsFeuer-Komplexe entwickelt, deren technologische Eigenschaften die Metallhüllen der Gefechtsfahrzeuge funktechnisch erfassen und verfolgen sowie von Raketen und Granaten vernichten ließen. Die Systeme PLSS und SOTAS kosteten viel Geld!

Mit der neuen Doktrin und Strategie waren die Panzer, Kampfmaschinen und gepanzerten Führungsfahrzeuge der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages aber eingegraben an die Verteidigungsstellungen und -streifen sowie die Konzentrierungsräume gebunden. Mit ihrer Vorbereitung hätten sie drei bis vier Tage vor der Aggression beginnen müssen. Sie wären nicht in den Bereich der neuen Systeme der NATO gekommen! Welch ein Reinfall!

### **Nachbemerkungen**

Politik und Militär haben über viele Jahrhunderte einen widersprüchlichen Entwicklungsweg zurückgelegt. Das erstaunlichste Phänomen stellen der Zerfall der UdSSR und der Zusammenbruch der osteuropäischen sozialistischen Staaten ohne Anwendung militärischer Gewalt durch ihre Gegner dar. Bei diesen Ereignissen werden die Existenz und die Einwirkung des äußeren Faktors allgemein anerkannt. Folglich sind einschneidende Ergebnisse im Kampf mit dem geopolitischen Gegner durch die Verwendung nichtmilitärischer Instrumente und Methoden erreichbar. Diese Tatsache wirft die Problemstellung nach der qualitativen typologischen Transformation zwischenstaatlicher Kriege in unserer Zeit auf. Abschließend dazu einige Erwägungen!

In der agrarischen und industriellen Entwicklungsetappe bekriegten sich die Staaten nach natürlichem Recht, das erst 1945 aufgehoben wurde. Ihre kriegerischen Absichten führten sie im Altertum mit der kalten Waffe, im Mittelalter mit Hilfe von Schusswaffen mit glattem Lauf, in der Neuen Zeit mit gezogenem Lauf und in der Neuesten Zeit mit Armeen von Kampfflugzeugen, mechanisierten und Panzertruppen aus. Die Unterlegenen verloren in der Regel nur Schlachten, nicht ihre Staatlichkeit.

In der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts erreichten die Hauptantipoden Kräftegleichheit. Die Feindschaft wurde daher nach gleichen Regeln und mit dem gleichen Begriffsapparat ausgetragen. Jede Seite war in der Lage, die staatliche Existenz der anderen im Ergebnis massierter Kernwaffenschläge zu beenden. Dieses Risiko für sich ging keine der Seiten ein. Der Kalte Krieg war also nicht eine Beziehungsform zwischen den Staaten, die ihre Schwäche hervorrief, sondern die sich aus der gleichen Stärke ergab. Eine Wiederbelebung dieser Kriegsform, die manche Experten schon entdeckt haben, bedarf einer intensiven und langwierigen Vorbereitung. Sie ist nur wahrscheinlich, wenn die Hauptkonkurrenten Kräfteparität gewährleisten können.

Der globale 3. heiße Krieg bleibt für die Hauptakteure auf dem internationalen Kräftefeld wegen der Gefährdung der Natur, der Menschheit und ihrer eigenen Existenz widersinnig und abwegig.

Der Kalte Krieg Nr. 2 kann nur eintreten, wenn die geopolitischen Konkurrenten der USA und des Westens ihre militärischen Potenziale einzeln oder im Verbund, was entschieden leichter ist, denen des Westens angleichen.

Vor zwei Jahrzehnten ist die menschliche Zivilisation nach der Agrar- und industriellen Epoche in die Informationsepoche eingetreten. Sie liefert den USA wachsende Möglichkeiten, die Staatlichkeit ihrer Gegner ohne die Anwendung strategischer Streitkräftepotenziale zu untergraben. Dazu bedienen sie sich der theoretischen Grundlagen und jüngsten Erfahrungen bei der Realisierung ihrer "Strategie der Organisation" in postsowjetischen Republiken und in der arabisch-islamischen Welt. Nach den heißen Kriegen und dem Kalten Krieg wird das der Neue Krieg sein, der Kriegstyp der Zukunft. Maßgeblich hat seine Herausarbeitung Madam Albright, die ehemalige US-Außenministerin, initiiert. In ihrer Funktion als Direktorin des Washingtoner Internationalen Instituts hat sie auch der NATO-Führung bei deren Strategiearbeit nützliche Hilfe erwiesen.

Die USA- und NATO-Militärs schließen einen Rückgriff auf das militärische Instrument nicht aus. Bei seiner Nutzung sollen die neuen Gegebenheiten und Erfordernisse, von denen die Militärs aller Großmächte heute ausgehen, strikte Berücksichtigung finden. Dazu gehören folgende Grundsätze:

- Im bewaffneten Kampf werden konventionelle Präzisionswaffen, modernste Mittel des funkelektronischen Kampfes, der Information und Führung dominieren.
- Die Feldtruppen verlieren ihr ehemaliges Gewicht.
- Auf den Kriegsschauplätzen, in den Räumen der Schlachten und auf den Gefechtsfeldern wird es kaum noch kompakte, geschlossene Fronten geben.
- Die Kampfhandlungen werden Herdcharakter annehmen, weil es in ihnen nicht mehr um den Durchbruch vorbereiteter Verteidigungsabschnitte geht, sondern vorrangig um den Schutz und die Verteidigung oder das Aufbrechen und Ausschalten solcher Ziel- und Handlungsobjekte, ohne die der Gegner seine Kampf- und Lebensfähigkeit verliert.
- Jünger des Kriegsgottes sind nicht mehr die Geschützrohre und Bombenschächte zur Ermöglichung von Feuerzusammenfassungen und Feuerwalzen, sondern die Gleitschächte für ballistische und Flügelraketen zur Ausschaltung der wichtigsten gegnerischen Objekte.

Der Dienstherr der NATO sind die USA geworden und nicht die Parlamente der NATO-Mitgliedsstaaten geblieben. Deren militärische Potenziale und Fähigkeiten werden dann und dort benötigt, wann und wo das Pentagon es vorsieht. Die sogenannte neue US-Verteidigungsstrategie geht bezüglich der NATO-Mitgliedsstaaten nicht von der Festigung der Bruderschaft, sondern der Vertiefung des Vater-Stiefsohn-Verhältnisses zu ihnen aus.

Der am 5. 1. 2012 der Öffentlichkeit zur Kenntnis gegebene "Plan der strategischen Verteidigung" stellt entgegen den im Westen verbreiteten Auffassungen nicht die Verlagerung des geostrategischen Schwerpunktes der USA vom Atlantik und Westeuropa zum Pazifik und nach Südostasien dar. Mit diesem Plan kehren die USA zu ihrer imperialen Ausgangskonzeption des ausgehenden 19. Jahrhunderts zurück. Sie verfeinern den Kräfteansatz zur Durchsetzung der überfälligen transkontinentalen Verbindung zwischen ihren östlichen und westlichen Ansatzpunkten unter amerikanischer Trägerschaft sowie der Durchsetzung der Dominanz der USA im eurasischen Raum.

Die Idee der Transkontinental-Verbindung übernahmen die USA schon Ende des 19. Jahrhunderts von ihren potenziellen Gegnern Deutschland, Russland und Japan. Gegen deren Absicht der Schaffung einer

Transkontinentalbahn auf der Achse Berlin-Moskau-Tokio und damit einer weitreichenden Einheit zwischen diesen Ländern halfen keine amerikanischen Blockadeschritte. Nötig wurde nach Ansicht der US-Strategen ein transkontinentales Gegenprojekt. An seiner Realisierung wirken die USA nun schon mehr als 100 Jahre. Sie verlagerten ihre Anstrengungen aus Teilen der Ränder des eurasischen Großraums schrittweise in seine Kerngebiete. In den letzten beiden Jahrzehnten unterordneten sie sich im Westen die Staaten des ehemaligen sowjetischen Baltikums und außer Russland alle ehemaligen Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages. Im Projektzentrum beeinflussen und kontrollieren sie Zentralasien und Afghanistan als Kapitansbrücke Eurasiens. Die zunehmende Herausforderung durch China und das Streben, in der Welt die Erste Geige zu spielen, zwingen sie zur Wiederbelebung und grundsätzlichen Erweiterung des östlichen Pols des Transkontinentalprojekts. Dieser soll sich stützen auf Japan, Südkorea, wieder die Philippinen und neu Australien und Neuseeland.

Die dem Plan zugrunde liegenden Zielstellungen führten zu historisch bemerkenswerten Wanderungen der geopolitischen und geostrategischen Schwerpunkte. Das geschah in vier Etappen:

1. Ende des 19. Jahrhunderts mit dem Amerikanisch-spanischen Krieg und im Zweiten Weltkrieg wurde um feste Brückenköpfe im Westpazifik und in Ostasien gerungen.
2. In den beiden Weltkriegen und im Kalten Krieg wurde mit riesigem Aufwand um Europa gestritten.
3. Nach dem Zerfall der UdSSR wurde die Bildung eines geopolitischen Korridors zeitweilig auf die Achse Balkan-Naher Osten-Mittlerer Osten verlegt, der wegen des Behauptungswillens von Syrien und des Irans landwärts noch nicht durchlassfähig ist.
4. Nach den Niederlagen der USA im Irak und in Afghanistan, der 1. Welle der globalen Krise und den geopolitischen Erfolgen der arabisch-islamischen Welt arbeiten die USA verstärkt daran, die militärischen Kräfte des kapitalistischen Westens nach einer für alle verbindlichen Idee kompakt und geschlossen gegen den Iran, Russland und China als Demonstration der Vorhaben und Möglichkeiten zu formieren.

Der NATO soll nicht mehr vorrangig die Gewährleistung der Sicherheit Europas obliegen, sondern die Wahrnehmung der Verantwortung für die militärischen Erfordernisse ohne maßgebliche Unterstützung durch die USA bis zum Vorderen Orient einschließlich, die Absicherung des geopolitischen Erfolgsmodells der Monarchien des Persischen Golfes sowie der Erwerb der Fähigkeit, aus dem Südwesten und Süden effektive Schläge gegen den geopolitischen Gegner im tieferen Osten führen zu können.

Dazu sind die europäischen NATO-Armeen offenbar mit bedeutendem finanziellen und materiellen Aufwand nächstens in die Lage zu versetzen. Diese Absicht schließt besonders ein:

- Die zielstrebige Entwicklung des NATO-Antiraketen-Systems als vorgeschobene Staffel des strategischen Antiraketen-Systems der USA.
- Die Vervollkommnung des Potenzials der NATO zum schnellstmöglichen Einsatz von konventionellen Reaktionskräften.
- Die vorrangige Entwicklung der Mobilität der westeuropäischen Truppenkontingente durch Bereitstellung ausreichender Transportkapazitäten in den Luft- und Seestreitkräften und die entschiedene Anhebung der Qualität der Aufklärungs-, Informations- und Führungssysteme.

Die Völker und Staaten im Umfeld der NATO müssen sehr auf der Hut bleiben! Die möglichen Erwartungen und Empfehlungen der USA an die NATO werden ihre regionalen und subregionalen Besonderheiten haben und voraussichtlich einschließen:

*Im Norden Europas* werden gemeinsam mit den USA erhöhte Anstrengungen zu unternehmen sein, um die militärische und ökonomische Präsenz, besonders in der Arktis, zu steigern.

*Im Süden Europas* wird es darum gehen, mit dem Potenzial der NATO-Länder besonders auf dem westlichen Balkan Schutz- und Unterstützungsaufgaben für die sich weiter entwickelnde rückwärtige US-Großbasis zu erfüllen. Aus ihr sollen kriegerische US-Abenteuer im östlichen Gebiet der islamischen Kultur sichergestellt werden. Nach 2014 werden zu der Großbasis vier US-Militärbasen in Afghanistan gehören. Die NATO wird also in dem Raum präsent bleiben, in dem im Verlaufe von zehn Jahren unter aktiver Mitwirkung der BRD Jugoslawien zergliedert wurde. Dieses Geschehen könnte als Modell für zukünftig analoges Vorgehen gegen Russland dienen. Aus dem Süden Europas soll der Anteil der NATO an der Beeinflussung der militärpolitischen Lage im östlichen Mittelmeer und Persischen Golf weiter erhöht werden.

*Das Kerngebiet Europa, sein kontinentaler strategischer Raum*, wird in die Obhut der NATO gegeben. Die Modernisierung der europäischen NATO-Armeen soll gewährleisten, dass sie an der Seite der Amerikaner in den vom Pentagon bestimmten Regionen der Welt militärische Stärke projizieren können.

Die Entfesselung von Kriegshandlungen, die sich aus der Verschlechterung der Beziehungen zu Russland ergeben könnten, ist nächstens nicht zu erwarten. Nicht auszuschließen aber ist die Anwendung militärischer Gewalt durch NATO-Staaten, wenn sich auf russischem Territorium ethnisch-konfessionelle Konflikte zuspitzen.

Es liegt nahe, dass die auf der jüngsten Münchener Sicherheitskonferenz zutage getretene Dissonanz Zuspitzung findet, ob die USA oder Deutschland und Frankreich in den europäischen Sicherheitsstrukturen tonangebend sind.

*Im südöstlichen (Naher und Mittlerer Osten) und südlichen Umfeld (Nordafrika) Europas* soll seine Rolle weiter anwachsen. Die Partnerbeziehungen der NATO zu beiden Regionen unterliegen dem Ausbau, besonders zu Libyen und allen vom "Arabischen Frühling" betroffenen Ländern, darunter auch auf militärischem Gebiet. Das kann dem Wettbewerb der unterschiedlichen europäischen Militärschulen zusätzliche Impulse verleihen.

Die europäischen NATO-Staaten scheinen nach Auffassungen in Amerika über geeignetere Methoden und Verfahren für die Arbeit zugunsten des Westens im arabisch-islamischen Raum zu verfügen. Auf diesem Gebiet haben die USA in den letzten Monaten erhebliche Einbußen erlitten. Den USA als "Hochburg der Geopolitik" haben die muslimischen Geopolitiker mehr als eine *Backpfeife* verabreicht. Der "Arabische Frühling" wird solange währen, bis die von ihm betroffenen und bisher proamerikanischen Länder ihren jetzt als "gemäßigt islamisch" ausgegebenen Zustand in einen "echten islamischen" Zustand gewandelt haben. Der erwiesenen Lebensfähigkeit der heute, nach vielen Jahrhunderten, gefundenen geopolitischen Führungsstruktur des Islam stehen noch harte Prüfungen bevor. Von den beiden Kandidaten für die Spitze, Türkei oder Saudi-Arabien, hat sich der letztere durchgesetzt. Er nimmt schon die religiöse Führerschaft wahr. Eine proamerikanische Türkei bleibt ständiger streitbarer Gegenkandidat. Europa und die NATO können als Spieler im Dienste der USA, wenn sie nicht aufpassen, leicht ihr Gesicht verlieren.

Dieser von den USA veranlassten militärpolitischen Wanderung Europas und der NATO durch Schlüsselregionen der Weltinsel, die Eurasien und Afrika bilden, muss politisch mit aller Kraft entgegengewirkt werden. Die gegenwärtigen deutschen Verantwortungsträger sollten im Geiste und namens der vielen guten Träumer, Dichter und Denker der Deutschen die sich entwickelten Leidenschaften für die Vervollkommnung des Militärwesens und der Kriegsformen zügeln und nicht anheizen! Für die Lösung von Streitfragen aller Maßstäbe sind Parlamente, Worte und Plebiszite überaus effektiver als Truppen, Waffen und massierte Feuerschläge. Diese Erkenntnis muss den Politikern, besonders in den Regierungsspitzen, als Handlungsimperativ beigebracht werden. Ihre fortdauernde Missachtung kann die globale Katastrophe zur Folge haben!

#### **Anmerkung**

1 Zweiter Teil und Schluss eines Einführungsvortrages in der Donnerstag-Veranstaltung des Arbeitskreises am 16. Februar 2012.  
(Erster Teil in Nr. 2, Mai 2012, der *Geschichtskorrespondenz*, S. 29 - 34.)

# Einladung

In Berlin findet am

**Sonnabend, dem 29. September 2012**

eine **Konferenz** zum Thema

**Sozialisten im Kampf um den Frieden**

**(100 Jahre nach dem Internationalen Sozialisten-  
Kongress in Basel 1912)**

statt. Zu ihr laden gemeinsam der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, die Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP, die Marx-Engels-Stiftung e. V. Wuppertal und die Redaktion *junge Welt*, Berlin, ein.

Die Konferenz tagt von **10.30** bis 18.00 Uhr.

**Tagungsort:** Berlin-Lichtenberg, Begegnungsstätte *Undine*

Hagenstr. 57

(Nähe Regional-, S- und U-Bahnhof Berlin-Lichtenberg)

## **Vorträge:**

*Dr. sc. Robert Steigerwald* (Eschborn)

Die internationale sozialistische Bewegung und der drohende Krieg

*Dr. Peter Strutynski* (Kassel)

Grundfragen des Kampfes um den Frieden heute

*Arno Neuber* (Ettlingen)

Arbeiterbewegung und Rüstungsproduktion

Für die Vorträge stehen jeweils 40 Minuten zur Verfügung,

für Diskussionsbeiträge in der Regel 10 Minuten.

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-6597079

Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-9866574